

9 Tagesordnung, öffentlich

Bgm. Mag. Nagl:

Ich darf Sie nun bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Frau Dr. Zwanzger war wieder so liebenswürdig und hat im Vorfeld mit allen Fraktionen abgestimmt, welche Stücke schon als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke 1 und 2 einstimmig. Stück 4 mit der Gegenstimme der KPÖ im Bereich des Steiermarkhofes, wo wir ja eine Förderung mit dem Land auch umsetzen wollen, weil wir dort auch für die Bevölkerung gerade in den stark wachsenden Bezirken einen Treffpunkt und einen Bildungsstandort haben wollen. Das Stück 5 wurde wieder einstimmig beschlossen, ebenso die Stücke 6, 7 und 8. Beim Stück 9 möchte ich nur anmerken, dass der Herr Gemeinderat Haßler, das ist das ASKÖ Sportcenter und der Mitteltrakt den wir da noch im Modul drei ausbauen wollen, sich als befangen erklärt hat, weil er im ASKÖ-Vorstand, so glaube ich, mit dabei ist. Er wird hier nicht mitstimmen, aber wir werden darüber berichten und wir werden darüber noch abstimmen. Einstimmiger Beschluss beim Stück Nr. 10, und zwar in allen Punkten von a bis h. Ebenso einstimmig das Stück Nr. 11, aber auch die Stücke 12, 13, 14, 15 und 16. Das Stück Nr. 17 wird berichtet werden, da handelt es sich um das Fachstück Kaiser-Josef-Platz, das Finanzstück Nr. 24 hingegen wurde schon als beschlossen erklärt. Da gibt es die Gegenstimmen von SPÖ, Grünen und Neos. Das werden wir dann auch in der Diskussion auch von den entsprechenden Fraktionen erfahren, aber das findet bei Punkt 17 statt. Beim Stück Nr. 19 hat sich Herr Gemeinderat Muhr für befangen erklärt. Da geht es um den Bebauungsplan Alte Poststraße / Feldgasse. Die Stücke 20 und 21 sind abgesetzt und das Stück Nr. 22, da geht es um das GRIPS-Paket II, das ist ein einstimmiger Beschluss. Das Stück 24, habe ich schon gesagt, gegen SPÖ, Grüne und Neos, das Stück Nr. 25 ist einstimmig beschlossen, die Stücke 27 und 28 gelten ebenso als einstimmig. Ich darf nun gleich um den Bericht des Stückes Nr. 3 ersuchen, Frau Gemeinderätin Potzinger wird das Stück Nr. 3, SozialCard, Weihnachtsaktion berichten.

En bloc:

**9.1 Stk. 1) Präs. 011636/2003/0028 Gemeinsamer Schulausschuss; Änderung
der Zusammensetzung**

Als Vertretung der Stadt Graz im Gemeinsamen Schulausschuss wird als Mitglied anstelle von GRⁱⁿ Mag.^a Alexandra Marak-Fischer nunmehr Frau GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer entsandt. Als Ersatzmitglied wird anstelle von GRⁱⁿ Anna Robosch nunmehr GR Mag. Gerald Haßler entsandt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.2 Stk. 2) A 1-1637/2003-34 Zuerkennung einer Dienstzulage für
Ärztinnen/Ärzte im Amt für Jugend und
Familie und in der Abteilung für Bildung
und Integration, Wirksamkeit: 1.9.2019**

Den Ärztinnen und Ärzten des Amtes für Jugend und Familie und der Abteilung für Bildung und Integration (Schulzahnambulatorien) wird eine Dienstzulage von monatlich 520,08 Euro zuerkannt (gemäß § 17 Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz, LGBl. Nr. 30/1974, in der Fassung LGBl. Nr. 54/2017, iVm § 74 Abs 2 Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, in der Fassung LGBl. Nr. 53/2017).

Diese Regelung gilt ab 1.9.2019 für alle im Zeitpunkt der Beschlussfassung in einem städtischen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten, deren Dienstverhältnis nach dem 15.8.2017 begonnen hat.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.3 Stk. 4) A 8-119718/2018-113 Kammer für Land- und Forstwirtschaft,
A 15 / 79646 / 2019 Erneuerung und Erweiterung STEIERMARKHOF
im Bezirk Wetzelsdorf, Budgetvorsorge und
Förderzuschuss über € 1.500.000 in der AOG
2019, Auszahlung 23.10.2019**

1) In der AOG 2019 werden die neue Fiposse

5.74900.774000 „Kap. Transfers an sonstige Träger des öffentlichen Rechts“
(Anordnungsbefugnis: A15) mit € 1.500.000

6.74900.871001 „Kap. Transfers von Ländern, Landesfonds und -kammern“
(Anordnungsbefugnis: A15) mit € 900.000

6.74900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“
(Anordnungsbefugnis: A8) mit € 600.000

geschaffen.

Die Bedeckung des städtischen Anteils von € 600.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Sonstiges. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2) Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, Hamerlinggasse 3, 8010 Graz erhält für das Modul 2 der Sanierung und Erweiterung des Steiermarkhofs eine Subvention in der Höhe von € 1.500.000. Die Überweisung erfolgt auf das Konto der Kammer für Land und Forstwirtschaft, Hamerlinggasse 3; 8010 Graz bei der Raiffeisen Landesbank BIC: RZSTAT2G, IBAN: AT85 3800 0000 0005 1003.

3) Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark hat als Rechnungsnachweis das Anlageverzeichnis mit den für das Modul 2 aktivierten Leistungen entsprechend der im Förderansuchen definierten

Bemessungsgrundlage für die Subvention bis 31.03.2020 vorzulegen. Dabei sind die von der Stadt Graz / dem Land geförderte Beträge gesondert zu markieren.

- 4) Zusätzlich ist der Jahresabschluss 2018 mit dem Prüfvermerk der zuständigen Abteilung 10 / Referat Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Landes Steiermark zu übermitteln, welcher die Investitionskosten für das Modul 2 beinhaltet.
- 5) Der Steiermarkhof hat in geeigneter Form auf die Unterstützung durch die Stadt und des Landes hinzuweisen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

9.4 Stk. 5) A 8-119719/2018-0032 1. A10/BD EU-092931/2018-0005 A10/8-097909/2018/0002	Erhöhung der bestehenden Projekt- genehmigung Europäisches CIVITAS-Forum um € 70.000,- in der AOG 2019, 2. Budgetvorsorge in der AOG 2019 über € 70.000,-
--	--

- 1) In der AOG 2019 wird die Erhöhung der Projektgenehmigung „Europäisches CIVITAS-Forum“ um € 70.000,- von € 173.000,- auf € 243.000,- erteilt.
Für den Betrag von € 70.000,- wurde eine 100% Gegenfinanzierung dieser Kosten durch das Land Steiermark und BMVIT zugesagt; bis zur Refundierung dieser Mittel nach erfolgter Endabrechnung der Veranstaltungskosten erfolgt die Vorfinanzierung über die DKL 10010 -Vorbereitung EU Programme.
- 2) In der AOG 2019 wird die Fipos 5.03000. 728200 „Entgelte für sonstige Leistungen; CIVITAS-Forum“ (AOB BD00, DKL: B0007) um € 70.000,- erhöht und die Fipos

5.36300. 728040 „Entgelte für sonstige Leistungen; Vorbereitung EU-Programme“
(AOB BD00, DKL 10010) um € 70.000,-gekürzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.5 Stk. 6) A 8-119719/2018-0031 **Stadtbaudirektion, GKB-
Eisenbahnkreuzung Grottenhofstraße;
Errichtung Schrankenanlage;
1. Projektgenehmigung über € 450.000,- in
der AOG 2019-2020,
2. Budgetvorsorge in der AOG 2019 über
€ 425.000,-**

1. In der AOG 2019 und 2020 wird die Projektgenehmigung in Höhe von € 450.000,-
erteilt.

Die Jahresaufteilung beträgt:

2019: € 425.000,-

2020: € 25.000,-

Summe: € 450.000,-

Die Finanzierung von € 450.000,- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem
Investitionsfonds-Bereich „Infrastruktur“. Der aktuelle Stand über Höhe und
bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation
für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und
Tourismus hervor.

2. In der AOG 2019 wird die Fipos 5.61200.775020 „Kapitaltransferzahlungen an
Unternehmungen; mit € 425.000,- GKB Kreuzung Grottenhofstraße“ (AOB: BD00,
DKL: 10109) geschaffen und die Fipos 6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von
Kreditinstituten“ (AOB: 0800) um € 425.000,- erhöht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.6 Stk. 7) A 8-119719/2018-0033 Stadtbaudirektion, Aufschließung
Gewerbegebiet – Liebenauer Gürtel Nord,
Projektgenehmigung über € 650.000,- in
der AOG 2019 und 2020**

In der AOG 2019 und 2020 wird die Projektgenehmigung „Aufschließung
Gewerbegebiet – Liebenauer Gürtel Nord“ über insgesamt € 650.000,- wie folgt erteilt.

2019	€ 0,-
2020	€ 650.000,-
Gesamtsumme	€ 650.000,-

Die Bedeckung von € 650.000,- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem
Investitionsfonds-Bereich „Infrastruktur“. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige
Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus
hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.7 Stk. 8) A 8-119718/2018-0106 Kulturamt und Abt. f. Bildung u.
Integration, TU Graz – Projekt Haus des
Kindes, Kreditansatz- und
Eckwertverschiebung in Höhe von
€ 334.100,- in der OG 2019**

In der OG 2019 wird die Fipos

1.24010.774000-001 „Krabbelstuben; Verschiedene“ um € 334.100,- erhöht und zur
Bedeckung die Fipos

1.28000.754000-001 „Förderung v. Universitäten und Hochschulen; um € 334.100,-
verschiedene Universitätsförderungen“ gekürzt.

Der Eckwert der Abteilung für Bildung und Integration erhöht sich dadurch um € 334.100,- und der Eckwert des Kulturamtes vermindert sich um denselben Betrag.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.8 Stk. 10) A 8/4 - 20221/2019	Übernahme von Teilflächen sowie ganzen Grundstücken in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, S a m m e l a n t r a g
A 8/4 - 31278/2007	
A 8/4 - 11101/2018	
A 8/4 - 77196/2018	
A 8/4 - 39172/2008	
A 8/4 - 29848/2019	
A 8/4 - 46679/2013	
A 8/4 - 81274/2018	

A 8/4 – 20221/2019 Prangelgasse 8 ca. 100 m² Gehsteigerrichtung

A 8/4 – 31278/2007 Janischhofweg ca. 330 m² Fahrbahnverbreiterung

A 8/4 – 11101/2018 Grillweg – Kärntner Str. 169 m²ca. 16 m² Straßenausbau

A 8/4 – 77196/2018 Gallmeyergasse ca. 85 m² Gehsteigerrichtung

A 8/4 – 39172/2008 Neufeldweg – Petrifelderstr. ca. 16 m² bescheidm.

Grundabtretung

A 8/4 – 29848/2019 Liebenauer Hauptstraße ca. 194 m² bescheidm. Grundabtretung

A 8/4 – 46679/2013 Fasanturmweg 838 m² Zufahrtsstraße

A 8/4 – 81274/2018 Metahofgasse ca. 22 m² Grundstücksbereinigung

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.9 Stk. 10a) A 8/4 - 20221/2019

Prangelgasse 8, Übernahme einer ca. 100 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. .663, EZ 492, KG Algersdorf in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 100 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. .663, EZ 492, KG Algersdorf in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 19.6.2019 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurde, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.10 Stk. 10b) A 8/4 - 31278/2007

Janischhofweg – Fahrbahnverbreiterung, Übernahme einer ca. 330 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 204, KG Wenisbuch, innenliegend als Überlandgrundstück in der EZ 121, KG 63126 Graz Stadt – Weinitzen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 330 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 204, KG 63127 Wenisbuch, innenliegend als Überlandgrundstück in der EZ 121, KG 63126 Graz Stadt – Weinitzen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 27.6.2018 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurde, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.11 Stk. 10c) A 8/4 - 11101/2018

Grillweg - Kärntner Straße, StraÙenausbau, Übernahme des Gdst. Nr. 299/40, im AusmaÙ von 169 m² sowie dreier insgesamt ca. 16 m² großen Teilflächen des Gdst. Nr. 299/41, je EZ 2798, KG Webling, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme des Gdst. Nr. 299/40, im Ausmaß von 169 m² sowie dreier insgesamt ca. 16 m² großen Teilflächen des Gdst. Nr. 299/41, je EZ 2798, KG Webling, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 19.06.2019 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurden, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.12 Stk. 10d) A 8/4 - 77196/2018

**Gallmeyergasse - Gehsteigerrichtung
Übernahme einer ca. 85 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 362/3, EZ 149, KG Baierdorf in
das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 85 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 362/3, EZ 149, KG Baierdorf, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 13.06.2019 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurde, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.13 Stk. 10e) A 8/4 - 39172/2008

**Neufeldweg-Petrifelderstraße,
bescheidmäßige Grundabtretung,
Übernahme einer ca. 16 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 272/3, EZ 1236, KG Liebenau in
das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 16 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 272/3, EZ 1236, KG Liebenau in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, gemäß Bescheid mit der GZ: A 17-063861/2014/0013 vom 05.06.2015, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.14 Stk. 10f) A 8/4 - 29848/2019

Liebenauer Hauptstraße, bescheidmäßige Grundabtretung, Übernahme einer ca. 194 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 191/29, EZ 1179, KG Liebenau in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 194 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 191/29, EZ 1179, KG Liebenau in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, gemäß Bescheid mit der GZ: A 17-BAB-024863/2017/0019 vom 15.12.2017, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.15 Stk. 10g) A 8/4 - 46679/2013

Fasanturmweg - Markuskasse - Verkehrsflächen Übernahme der Gdst. Nr. 18/10 und Nr. 18/285, beide EZ 138, KG Rudersdorf mit einer Gesamtfläche von 838 m² in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

1. Die Übernahme des 747 m² großen Gdst. Nr. 18/285, EZ 138, KG Rudersdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welches aufgrund der Entschließung vom 20.6.2014 durch Herrn Stadtrat Dr. Rüschi erworben wurde, wird genehmigt.
2. Die Übernahme des 91 m² großen Gdst. Nr. 18/10, EZ 138, KG Rudersdorf in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, gemäß Bescheid mit der GZ: GZ: A 17-054979/2014 vom 24.03.2015, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.16 Stk 10h) A 8/4 - 81274/2018

Metahofgasse - Übernahme einer ca. 19m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 847, EZ 437, und einer ca. 3m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 836, EZ 437, je KG Lend, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 3m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 836, EZ 437, KG Lend, und die Übernahme einer ca. 19m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 847, EZ 437, KG Lend, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 17.7.2019 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurden, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, werden genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.17 Stk. 11) A 8/4 - 029185/2019
A 8-119718/2018-62
WG 39853/2016/0039**

Erwerb der Liegenschaft Grazer Straße 34, Grundstücke .251, 626 und 629 KG Andritz im Ausmaß von 4.273 m² iHv. insg. € 2.160.000 inkl. Nebenkosten für das Sonderwohnbauprogramm bzw. die Grünflächensicherung und Budgetvorsorge über € 1.570.000 in der AOG 2019

- In der AOG 2019 wird die neue Fipos 5.84000.001800 „Unbebaute Grundstücke, Grazer Straße“ (Anordnungsbefugnis: A 8/4) mit € 1.570.000 geschaffen und zur Bedeckung die Fipos 6.84000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um denselben Betrag erhöht.
- Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird die Investitionskennzahl des Eigenbetriebs Wohnen um € 590.000 erhöht.
- Die Bedeckung von insgesamt € 2.160.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich „Infrastruktur“. Der aktuelle Stand über Höhe und

bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

- Die Stadt Graz erwirbt im Rahmen der Grünflächensicherung eine Teilfläche der Liegenschaft Grazer Straße 34 EZ 282 KG Andritz im Ausmaß von 3.194 m² zu einem anteiligen Kaufpreis iHv. € 1.489.015 zuzüglich Nebenkosten, somit gesamt € 1.570.000.
- Die Stadt Graz erwirbt für „Wohnen Graz“ eine Teilfläche der Liegenschaft Grazer Straße 34 EZ 282 KG Andritz im Ausmaß von 1.079 m² zu einem anteiligen Kaufpreis iHv. € 560.958 zuzüglich Nebenkosten, somit insgesamt € 590.000.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.18 Stk. 12) A 8/4 - 112971/2018

Laboratoriumstraße/Gollweg, Auflassung vom Öffentlichen Gut und Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 596/14, sowie einer Teilfläche des Gdst. Nr. 596/13, je EZ 50000, KG Wetzelsdorf durch die Stadt Graz

1. Die Auflassung einer Teilfläche des Gdst. Nr. 596/14 sowie einer Teilfläche des Gdst. Nr. 596/13, je EZ 50000, KG Wetzelsdorf, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Der Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 596/14 sowie Teilfläche des Gdst. Nr. 596/13, je EZ 50000, KG Wetzelsdorf zu einem Kaufpreis von insgesamt € 3.850,-- wird genehmigt.
3. Der Kaufpreis in der Höhe von € 3.850,-- ist wie folgt zu vereinnahmen:
FIPOS 2/84000/001200 € 2.118,-- A 8/4 - Abt. f. Immobilien

FIPOS 2/61200/001100 € 1.732,-- A10/1- Straßenamt

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.19 Stk. 13) A 8/4 - 080547 /2018

**Kollerbergweg 22 - Auflassung vom
Öffentlichen Gut und bescheidmäßige
Rückübereignung einer ca. 28 m² großen
Teilfläche des Gdst. Nr. 382/2, EZ 50000,
KG Baierdorf**

1. Der Beschluss des Gemeinderates vom 20.09.2018 wird aufgehoben.
2. Die Auflassung einer ca. 28 m² großen Teilfläche (Trennstück 2) des Gdst. Nr. 382/2, EZ 50000, KG Baierdorf, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Die unentgeltliche Rückübereignung einer ca. 28 m² großen Teilfläche (Trennstück 2) des Gdst. Nr. 382/2, EZ 50000, KG Baierdorf, an Frau Mag. Astrid Swoboda-Scheffknecht wird aufgrund des Bescheides der Bau- und Anlagenbehörde GZ: A 17-RAG-064026/2016/0013 vom 18.1.2019 genehmigt.
4. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
5. Die Vermessung, die Errichtung des Teilungsplanes und die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgen durch das A 10/6 - Stadtvermessungsamt. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages - wenn erforderlich - wird durch die Präsidualabteilung - Referat für Zivilrechtsangelegenheiten beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.20 Stk. 14) A 8/4 - 17498/2015

**Pauluzzigasse - unentgeltliche Übertragung
des Gdst. Nr. 277, EZ 120, KG St. Leonhard
aus dem Privatbesitz der Stadt Graz in das
Öffentliche Wassergut**

- 1.) Die unentgeltliche Übertragung des Gdst. Nr. 277, EZ 120, KG St. Leonhard mit einer Fläche von 357 m² mitsamt den grundbücherlich intabulierten Dienstbarkeiten in das Öffentliche Wassergut wird genehmigt.
- 2.) Der Gemeinderatsbeschluss vom 17.12.2015 wird in diesem Punkt aufgehoben und durch Punkt 1) ersetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.21 Stk 15) A 8/4 - 083252/2018

**Am Leopoldsgrund 37 –
Baurechtsgemeinschaft, Verkauf
Stammgrundstück und Anteile an
Allgemeinflächen, Antrag auf Zustimmung**

Die Stadt Graz verkauft die Stammliegenschaft Am Leopoldsgrund 37 und die ihr zugehörigen Allgemeinflächen. Der Kaufpreis von Euro 29.120,- wird auf der FIPOS 2.84000.001200 vereinnahmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.22 Stk 16) A 8/4 - 15527/2019

**Städt. Gdst. Nr. 470/162, EZ 1319, KG
Wetzelsdorf, gelegen an der
Grottenhofstraße, Verkauf einer Teilfläche
für eine Eisenbahnschrankenanlage,
Antrag auf Zustimmung**

Die Stadt Graz verkauft eine Teilfläche des Gdst. Nr. 470/162, KG Wetzelsdorf. Der Kaufpreis von ca. Euro 2.925,00 wird auf der FIPOS 2.84000.001200 vereinnahmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.23 Stk. 24) A 8 - 119719/2 018-0037 Stadtbaudirektion, Sanierung und Neuorganisation Kaiser-Josef-Platz,
1. Erhöhung der bestehenden Projektgenehmigung um € 600.000 in der AOG 2019-2020,
2. Budgetvorsorge über insges. € 900.000 in der AOG 2019**

1. In der AOG 2019-2020 wird die Erhöhung der Projektgenehmigung „Sanierung und Neuorganisation Kaiser-Josef-Platz“ um € 600.000,- von € 1.373.800,- auf € 1.973.800,- wie folgt erteilt:

2019 1.850.000,00 €

2020 123.800,00 €

Gesamt 1.973.800,00 €

2. Budgetvorsorge über € 900.000,- in der AOG 2019 (€ 600.000,- neu und € 300.000,- Vorgriff aus dem Jahr 2020)

In der AOG 2019 werden die Fiposse

5.61200.002340 „Straßenbauten, Kaiser-Josef-Platz“ (AOB BD, DKL BD024)

und

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ (AOB 0800)

um € 900.000,- erhöht.

Die Finanzierung in Höhe von € 300.000,- erfolgt im Rahmen der bestehenden Projektgenehmigung durch eine Finanzmittelverschiebung vom Jahr 2020 in das Jahr 2019 (Vorgriff).

Die Finanzierung von € 600.000,- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich „Infrastruktur“. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, Neos) angenommen.

**9.24 Stk. 22) A 8 -119719/2018-35 GRIPS 2, Grazer Investitionsprogramm
ABI-020723/2013/0020 für den Pflichtschulausbau 2, Erhöhung
der Projektgenehmigungen um 12,35 Mio.
€ inkl. USt. in der AOG 2019/2020/2021/2022
auf insgesamt 25,2 Mio. € inkl. USt.**

1. Projektgenehmigung GRIPS 2 - VS Graz-Neuhart - Umsetzung über insgesamt 13.150.000 Euro inkl. USt. (Erhöhung um 12.350.000 Euro inkl. USt.), da 800.000 Euro inkl. USt. für Planungen bereits genehmigt wurden.
Für die Umsetzung der Erweiterung der VS Graz-Neuhart wird die Projektgenehmigung über 13.150.000 Euro inkl. USt. und inkl. Einrichtung erteilt.
Von den zusätzlichen Mitteln (12.350.000 Euro) entfallen 600.000 Euro auf 2019; 5.000.000 Euro auf 2020; 6.150.000 Euro auf 2021 und 600.000 Euro auf 2022, jeweils inkl. USt. Die Stadt Graz trägt als wirtschaftlicher Bauherr die Investitionen und das Kostenrisiko.
Für diese Leistungen wird die Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH (GBG) im Rahmen eines In-House- Kundenauftrages als Generalunternehmer beauftragt.

Nach Übergabe des fertiggestellten Bauprojektes erfolgt die Nutzung durch die Stadt Graz und die Verwaltung durch die Hausverwaltung der GBG, wobei die Betriebs- und Instandhaltungskosten von der Stadt zu tragen sind.

Die Bedeckung der städtischen Zusatzmittel von 12.350.000 Euro erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Infrastruktur. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. In der AOG 2019 werden die Fiposse
5.21100.010110 „Gebäude, Schulausbauprogramm GRIPS 2“ und
6.21100.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“
um je 600.000 Euro erhöht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.25 Stk. 25) A 8/4 - 21515/2019

**Dr.-Theodor-Pfeiffer-Straße, Auflassung
vom Öffentlichen Gut der Stadt Graz und
Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 2322,
EZ 50000, KG Gries**

- 1.) Die Auflassung einer Teilfläche des Gdst. Nr. 2322, EZ 50000, KG Gries, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 2.) Der Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 2322, EZ 50000, zu einem Kaufpreis von € 1.500,-- wird zu den Bedingungen der Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Der Käufer verpflichtet sich, den Kaufpreis nach Genehmigung des Gemeinderates jedoch vor grundbuchsfähiger Unterfertigung des Kaufvertrages bzw. bei Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG vor Einreichung des Antrages

auf Herstellung der Grundbuchsordnung auf das Konto bei der BAWAG, IBAN: AT 261400086210061039, BIC: BAWAATWW, lautend auf Magistrat Graz, Stadthauptk. zu entrichten.

4.) Der Kaufpreis in der Höhe von € 1.500,-- ist wie folgt zu vereinnahmen:

FIPOS 2/84000/001200 € 825,-- A 8/4 - Abt. f. Immobilien

FIPOS 2/61200/001100 € 675,-- A10/1- Straßenamt

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.26 Stk. 27) A21 062836/2017 /0004 Änderung der Richtlinien für die
Gewährung eines rückzahlbaren
Kautionsbeitrages durch die Stadt Graz**

1. Der Änderung des Punktes II. 3. der Richtlinien für die Gewährung eines rückzahlbaren Kautionsbeitrages durch die Stadt Graz vom 6.6.2019, GZ: A21-62836/2017/0003, wird zugestimmt.
2. Die neuen Richtlinien treten mit 1.10.2019 in Kraft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.27 Stk. 28) WG 058074/2014/0009 Änderung der Richtlinien für die Zuweisung
von Gemeindewohnungen sowie die
Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten**

1. Der Änderung des Punktes 2.3.2. der Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten vom 29.06.2017, GZ: WG 058074/2014/0005, wird zugestimmt.
2. Die neuen Richtlinien treten mit 1.10.2019 in Kraft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Potzinger

9.28 Stk. 3) A 5 - 005998/2018

**SozialCard - Weihnachtsaktion 2019,
Aufwandsgenehmigung über € 583.000,--
auf der FiPos. 1.42910.768100**

Potzinger:

Verehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, geehrte Gäste. Es geht um ein Stück, das wir jedes Jahr um diese Zeit auf der Tagesordnung haben, nämlich die Weihnachtsaktion im Rahmen der SozialCard. Erfreulicherweise wird die Aktion fortgesetzt. Sinnvollerweise wieder durch Ausgabe von Gutscheinen, damit sichergestellt ist, dass die dafür aufgewendeten Mittel wirklich zum Wohle der Familien verwendet werden. Ich freue mich über die große Vielfalt der Einlösemöglichkeiten inklusive der Nutzungsmöglichkeit auch auf unseren Grazer Bauernmärkten, das passt sehr gut zum Klimaschutz, zur gesunden Ernährung. Ein wunderbares Stück, das wir auch im Fachausschuss beraten haben. Ich ersuche um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichts die Aufwandsgenehmigung über € 583.000,-- für die Weihnachtsbeihilfe 2019 erteilen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 583.000,-- sind im SAP unter der Beleg Nr. 700025413 auf der oben genannten FiPos. reserviert.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (13.55 Uhr).

GRⁱⁿ **Heinrichs:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Damen und Herren. In unserem Abänderungsantrag zum Stück Weihnachtsbeihilfe 2019 geht es erstens um die Extrabeantragung, welche innerhalb der kurzen Zeit von 2 Wochen elektronisch erfolgen muss und zweitens darum, dass es ja wiederum anstelle des Geldbetrages Sodexo-Gutscheine geben wird.

Bereits im Ausschuss haben wir unsere Vorstellungen vorgebracht und diskutiert und worum es uns exakt geht, darf ich hiermit genau vortragen. Die Weihnachtsaktion 2019 wird seitens der Stadt Graz als freiwillige Leistung dankenswerterweise für SozialCard-BesitzerInnen, -BezieherInnen erfreulicherweise auch heuer wieder gewährt werden und dem werden wir natürlich zustimmen. Durch die Einführung der SozialCard als Verdienst der KPÖ nach langjährigen Forderungen nach dieser konnte die unbürokratische Abwicklung von Unterstützungsleistungen jahrelang reibungslos erfolgen. Dieses wurde von allen Fraktionen begrüßt. Leider wird, wie schon gesagt, seit 2018 der Erhalt der weihnachtlichen Zuwendung insofern verkompliziert, da es statt des gewährten Geldbetrages von mind. 50 € nur mehr eben Sodexo Gutscheine zu beziehen gibt. Die Beantragung, wie auch schon gesagt, muss extra und elektronisch erfolgen. Innerhalb von 2 Wochen. Was wir im Gegensatz zur vereinfachten Handhabung davor, also noch 2017, als Rückschritt betrachten. Jetzt, nachdem wir einen Abänderungsantrag vorbringen, einige Punkte noch genauer, die ich darlegen darf.

Zu Punkt 1: Technische Hürde und zeitlicher Druck:

Wir denken, dass gerade ältere Menschen oder Menschen mit geistigen Einschränkungen oder Behinderungen häufig gar keinen Computer und/oder Internetanschluss oder sich schwer tun, sich online zurechtzufinden. Dazu kommt: Wer die Frist versäumt, fällt um den zustehenden Bezug der Weihnachtsbeihilfe um. Wir denken, dass Computeraffinität keine unüberwindbare Hürde sein darf, die sozial schwache Haushalte davon abhält, eine Förderung zu beziehen.

Es hat in diesem Zusammenhang natürlich eine rückläufige Bilanz ergeben. Die Bezugswahlen 2018 sehen genau gesagt so aus. Die unnötige Verkomplizierung, wie wir denken, führte 2018 dazu, dass 30 % der Haushalte, die im Besitz einer SozialCard sind, diese Beihilfe gar nicht beantragt haben. Im Vergleich zu 2017 erhielten 2018 1882 Haushalte weniger diese Weihnachtszuwendung. Der Verwaltungsaufwand, der neu entstandene, für die Online-Beantragung betrug 37.100 €. Das geht aus der Beantwortung innerhalb einer Fragestunde aus dem Monat Jänner 2019 hervor, welche meine Kollegin Ulli Taberhofer gestellt hat und jetzt sag ich es noch einmal, meine Damen und Herren, ich habe es schon im Ausschuss getan, 37.100 € dividiert durch 50, das wäre der Geldbetrag, den man auch unbürokratisch auszahlen könnte, damit könnten 742 Haushalte mit je 50 € unterstützt werden. Ein relativ kleiner Betrag, der was macht man damit, im Handumdrehen der Wirtschaft wieder zufließt. Was wir auch bedauern ist, dass eben unterstellt wird, der Ersatz für Geldleistungen für die Weihnachtsbeihilfe durch Gutscheine ist deshalb wichtig, weil es könnten ja Betroffene diesen Betrag in Alkohol, Tabak und auch für Glückspiel ausgeben. Wir bedauern diese wenig sensible Handhabung, also die Stigmatisierung, wie wir sie nennen. Dann noch ein Punkt, den ich anführen möchte, es gibt auch einen Verlust mit dem Grazer Handel in dem Zusammenhang. Es sollte eigentlich darauf verzichtet werden, den international börsennotierten Konzern Sodexo ausgiebig zu speisen, er freut sich sicherlich zu Weihnachten über diese Zuwendung, denn auch die Grazer Akzeptanzpartner zahlen drauf. 4,5 % von jedem Gutscheinbetrag wird nämlich von Sodexo einbehalten. Einen solchen Gutscheinzwischenritt zu ersinnen war eine sehr erfolgreiche Geschäftsidee für die Firma und die unterstützen wir erfolgreich in diesem Zusammenhang. Als KPÖ lehnen wir die Erfordernisse der Online-Beantragung sowohl als auch die Auszahlung in Form jeglicher Gutscheine ab.

Zwischenruf StR. Riegler: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Heinrichs:

Ja, ich bin sofort fertig.

Weil es für uns das Sparen am falschen Fleck bedeutet, und daher darf ich den Abänderungsantrag vorlesen.

Abänderungsantrag:

- 1.) Der Gemeinderat erteilt die Aufwandsgenehmigung über 583.000,- Euro für die Weihnachtsbeihilfe 2019. Die erforderlichen Mittel sind im SAP unter der Beleg-Nr. 700025413 auf der oben genannten FiPos. reserviert.
- 2.) Die Weihnachtsbeihilfe für SozialCard-InhaberInnen in Höhe von 50,- Euro pro Haushalt mit 1 bis 3 Personen - ab der 4. Person erhöht sich die Beihilfe um € 10,- pro Person - erfolgt wieder, wie vor 2018 gehandhabt, über eine Direktanweisung auf die jeweilige Kontoverbindung des bezugsberechtigten SozialCard-Haushaltes und muss nicht extra beantragt werden.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Bei der Einführung der SozialCard wurden vor allem die einfachere und unbürokratische Abwicklung sowie die Verringerung von Hürden für Betroffene von allen Fraktionen begrüßt.

Leider gibt es bei der jährlichen Weihnachtsaktion der Stadt Graz für SozialCard-BezieherInnen seit vorigem Jahr wieder Rückschritte, die in vielen Fällen verhindert haben, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie tatsächlich gebraucht wird.

Vorgangsweise seit 2018

1. *Die Beantragung muss extra und elektronisch innerhalb einer kurzen 2-Wochen-Frist erfolgen.*

2. *Anstelle des Geldbetrages werden Sodexo-Gutscheine ausgegeben.*

Zu Punkt 1:

Technische Hürde und zeitlicher Druck:

Gerade ältere Menschen oder Menschen mit geistigen Einschränkungen haben häufig gar keinen Computer und/oder Internetanschluss oder tun sich schwer, sich online zurechtzufinden. Dazu kommt: Wer die Frist versäumt, fällt um den zustehenden Bezug der Weihnachtsbeihilfe um. Computeraffinität darf unserer Ansicht nach keine unüberwindbare Hürde sein, die sozial schwache Haushalte davon abhält, eine Förderung zu beziehen.

Rückläufige Bezugszahlen 2018:

Diese unnötigen Verkomplizierungen führten 2018 dazu, dass 30% der Haushalte, die im Besitz einer SozialCard sind, diese Beihilfe gar nicht beantragt haben. Im Vergleich zu 2017 erhielten letztes Jahr 1.882 weniger Haushalte diese Weihnachtszuwendung.

Verwaltungsaufwand:

Der neu entstandene Verwaltungsaufwand für die Onlinebeantragung betrug 37.100 €. Damit könnten 742 Haushalte mit je 50 € unterstützt werden.

Zu Punkt 2:

Wenig sensibel:

Der Ersatz von Geldleistungen für die Weihnachtsbeihilfe durch Gutscheine ist eine wenig sensible Vorgehensweise, insbesondere wenn unterstellt wird, dass Betroffene das Geld für subjektiv unnötige Dinge wie Alkohol, Tabak und Glücksspiel ausgeben

könnten, obwohl es keine Belege dafür gibt, dass dies in der Vergangenheit tatsächlich passiert ist.

Stigmatisierung:

Die Einführung von eigenen Sodexo-Gutscheinen ist für die Betroffenen eine weitere Hürde und verstärkt ihre Stigmatisierung in der Gesellschaft.

Eingeschränkte Einlösung:

Ein Einkauf mit Sodexo Gutscheinen ist nicht überall möglich. Beim Kauf eines Christbaumes am Marktstand könnte dies mit Sodexo-Gutscheinen beispielsweise schwierig werden.

Verlust für Grazer Handel:

Es sollte außerdem darauf verzichtet werden, den international börsennotierten Konzern Sodexo ausgiebig zu speisen, denn auch die Grazer Akzeptanzpartner zahlen drauf: 4,5% von jedem Gutscheinbetrag behält Sodexo ein.

Als KPÖ lehnen wir das Erfordernis der Onlinebeantragung sowohl auch die Auszahlung in Form von jeglichen Gutscheinen ab, da dies Sparen am falschen Fleck ist.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

- 1.) Der Gemeinderat erteilt die Aufwandsgenehmigung über 583.000,- Euro für die Weihnachtsbeihilfe 2019. Die erforderlichen Mittel sind im SAP unter der Beleg Nr. 700025413 auf der oben genannten FiPos. reserviert.*

2.) *Die Weihnachtsbeihilfe für SozialCard-InhaberInnen in Höhe von 50,- Euro pro Haushalt mit 1 bis 3 Personen - ab der 4. Person erhöht sich die Beihilfe um € 10,-- pro Person - erfolgt wieder, wie vor 2018 gehandhabt, über eine Direktanweisung auf die jeweilige Kontoverbindung des bezugsberechtigten SozialCard-Haushaltes und muss nicht extra beantragt werden.*

StR. Riegler:

Ich muss jetzt gleich bei der Gelegenheit einmal bitten um Disziplin, um Einhaltung der vereinbarten Zeiten. Letzten Endes sind es Zeiten und Regelungen, die Sie sich selbst gegeben haben. Ich bin nicht gewillt, dass dann immer zu tolerieren. Einmal, wenn der Bürgermeister nicht da ist, glaubt man offensichtlich, man muss die Regeln nicht mehr einhalten (*Appl.*). Als Nächste am Wort ist Frau Anna Robosch.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich werde ganz sicher meine Redezeit einhalten. Wie meine Kollegin von der KPÖ schon ausführlich erklärt hat, begleitet uns diese Diskussion um Gutscheine und um Nicht-Direktauszahlung schon länger. Wir sind aber quasi froh darüber, dass auch dieses Jahr die Weihnachtsaktion 2019 stattfindet und ich möchte hier auch noch einmal erwähnen, dass wir sozialpolitisch uns einig sind, dass es nötig ist, wieder eine Schulstartaktion zu machen in der SozialCard, eine Weihnachtsunterstützung zu machen in der SozialCard. Wir sind uns nur nicht einig in der Umsetzung dieser. Deswegen darf ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion einen Zusatzantrag stellen:

Der zuständige Sozialstadtrat wird aufgefordert, die Weihnachtsunterstützung abzuändern, indem einerseits vom Gutscheinsystem wieder abgegangen und auf

Barmittel umgestellt wird sowie andererseits alle Anspruchsberechtigten wieder automatisch diese Weihnachtsunterstützung erhalten.

Originalantrag:

Zusatzantrag

Der zuständige Sozialstadtrat wird aufgefordert, die Weihnachtsunterstützung abzuändern, indem einerseits vom Gutscheinsystem wieder abgegangen und auf Barmittel umgestellt wird sowie andererseits alle Anspruchsberechtigten wieder automatisch diese Weihnachtsunterstützung erhalten.

Riegler:

Das ist aber falsch bezeichnet, das ist ein Abänderungsantrag. Sie wollen ja den Antrag als solchen abändern.

Wir einigen uns, es handelt sich um einen Abänderungsantrag, der soeben bei mir eingelangt ist und ich bitte um Nachsicht für die Verzögerung der Sitzung.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Wie bereits gesagt wurde, wir haben in dem Raum bereits öfters über die Änderungen der SozialCard diskutiert. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was neu ist zu unseren letzten Diskussionen. Und zwar dass wir jetzt auch Zahlen vorliegen haben. Zahlen, die nämlich unsere Befürchtungen, die Befürchtungen der Opposition, ganz eindeutig bestätigen. Dass nämlich viel viel weniger Haushalte jetzt für die Weihnachtshilfe den Antrag gestellt haben als vorher, die es automatisch bekommen haben. Das ist doch ein deutlicher Rückgang. 1882 Haushalte weniger als 2017. Ich finde, das sollte einem zu denken geben. Zumal die Einkommensgrenze für die SozialCard so niedrig angesetzt ist, dass es

klar ist, dass alle Menschen, die die SozialCard haben, auch die Weihnachtsbeihilfe ganz dringend brauchen würden. Denn die Menschen, die die SozialCard haben in Graz, das sind alles arme Menschen. Sprechen wir es aus, das sind Menschen, die von Armut betroffen sind und die brauchen alle die Weihnachtsbeihilfe und sehr viele haben sie nicht beantragt. Das sollte uns doch darin bestätigen, dass diese Onlinebeantragung zu hochschwellig ist, wie wir es auch immer befürchtet haben. Umso überraschender finde ich es eigentlich, dass du, Kurt, zu uns im Ausschuss gesagt hast, du fühlst dich in deiner politischen Ausrichtung bestätigt und wertest es als politischen Erfolg. Für mich ist es kein Erfolg, wenn es Familien gibt, die in Armut leben und eine Beihilfe, auf die sie eigentlich Anspruch hätten, eben nicht beantragen und dann auch nicht bekommen. Du redest auch immer wieder darüber, dass man Menschen Eigenverantwortung zutrauen soll. Du meinst mit Eigenverantwortung, die Menschen sollen möglichst viele Anträge stellen müssen, aber für mich würde eigentlich den Menschen Eigenverantwortung zutrauen bedeuten, dass Menschen eine Beihilfe möglichst unbürokratisch zur Verfügung gestellt bekommen und dann eben eigenverantwortlich auch entscheiden können, was sie mit dem Geld machen. Abschließend möchte ich noch auf zwei Zielgruppen hinweisen, für die das, so glaube ich, besonders problematisch ist die von dir eingeführten Änderungen. Ich weiß z.B., dass ältere Menschen zum Glück ausgenommen sind, die die dauerhafte SozialCard haben, das finde ich positiv, aber wir sollten noch einmal auf zwei Zielgruppen hinschauen. Einerseits sind das Menschen, die noch nicht so gut Deutsch sprechen und für die jeder Brief, den sie von einem Amt bekommen, eine Herausforderung ist, wo sie dann nicht genau wissen, was sie tun sollen und andererseits, das möchte ich jetzt auch noch einmal als Mutter von zwei kleinen Kindern sagen und du halt auch als Vater, der zwei kleine Kinder im gleichen Alter hast: Ich denke, gerade für Menschen mit kleinen Kindern ist der Alltag unglaublich stressig und wir wissen ja nicht einmal, wie das ist für alleinerziehende Frauen, die jeden Tag Existenzängste haben. Wie die das alles managen sollen mit ihrem Beruf und dem Kindergarten und den Arztterminen und den Impfungen und alles, was zu tun ist, wenn man kleine Kinder hat. Wir beide

wissen, dass das wahnsinnig viel ist und wir sind gar nicht in dieser Situation, in der manchen Menschen sind und deswegen finde ich das einfach eigentlich total seltsam, wie du das als politischen Erfolg werten kannst, wenn jetzt eben Menschen, die diese Beihilfe bräuchten, sie nicht bekommen.

StR. Dr. **Riegler:**

Danke, Frau Gemeinderätin Wutte. Ich darf auf der Zusehrgalerie die Delegation begrüßen, die hier gerade zu Besuch gekommen ist. Ich freue mich, dass Sie da sind (*Appl.*).

Ich sehe auch die ehemalige Frau Gemeinderätin Daniela Grabe, die ja nicht nur eine ganz hervorragende Musikerin ist, sondern eben auch verantwortlich für die Stolpersteinverlegungen in Graz und ich bin ja auch morgen bei einer dieser Stolpersteinverlegungen dann auch dabei (*Appl.*).

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Sippel.

GR. Mag. **Sippel:**

Hoher Gemeinderat, werter Herr Vorsitzender. Ich glaube, die SozialCard ist ein Verdienst von uns allen und nicht von einer Partei, sehr geehrte Kollegin der KPÖ. Wir sind jahrelang intensiv auch zusammengesessen, haben dieses Erfolgsprojekt SozialCard als freiwillige soziale Leistung, das muss man ja auch immer dazusagen, auf den Weg gebracht und genauso wie die SozialCard insgesamt ein Erfolg ist, ist auch diese Reform der SozialCard, die wir von schwarzblauer Seite seitens der Agenda Graz 22 angegangen sind, als Erfolg zu bezeichnen. Warum: Wir haben den Bezieherkreis eingeschränkt und zwar im Sinne Grazer zuerst, vergleichbar mit den Richtlinien auch bei den städtischen Wohnungen. Wir haben die Treffsicherheit erhöht, das ist ein wichtiger Punkt. Ich bin schon der Meinung, es sollten lieber die Kinder von diesem Geld Geschenke bekommen zu Weihnachten und es sollte dieses Geld nicht für Alkohol

und Zigaretten ausgegeben werden. Das ist für mich ein sehr wichtiger Punkt (*Appl.*). Der dritte Punkt ist, dass wir damit Eigenverantwortung stärken und ich glaube, Eigenverantwortung ist etwas Wichtiges, das sollte man nicht schlechtreden. Abhängigkeiten, Automatismen in diesem Bereich, die führen zu nichts und ich bin schon der Meinung, wenn jemand, und es ist zumutbar, diesen Antrag nicht stellt, dann braucht er dieses Geld und diese Leistung wahrscheinlich auch nicht so dringend oder es ist Weihnachten in der Prioritätensetzung bei diesen Menschen nicht ganz oben. Es kann ja eventuell auch sein, dass wenn es um die Weihnachtsbeihilfe geht, vielleicht da irgendwo der inhaltliche Zusammenhang fehlt. Das heißt, wir wollen nicht diese Automatisierung im Sozialbereich. Das ist etwas, was ein anderer politischer Ansatz ist, ich verstehe das. Leute in Abhängigkeit zu halten, das funktioniert, das sieht man auch immer wieder, dass das aufgeht, aber ich glaube, das sind grundverschiedene Zugänge und ich glaube, wir sollten nicht den Fehler machen, wie in diesen eingebrachten Anträgen zu lesen, dass wir jetzt wieder einen Rückschritt hin zum sozialen Gießkannenprinzip machen. Sind wir froh über diese Reform, ich danke noch einmal dem Sozialstadtrat, das funktioniert hervorragend mit Sodexo, trotz der Anfangsschwierigkeiten, die wir gehabt haben, das hat sich bewährt und ich glaube, wir tun gut daran, das auch so weiterzuführen. Herzlichen Dank und führen wir diese erfolgreiche Reform so fort (*Appl.*).

StR. **Hohensinner**, MBA:

Wir haben eine ähnliche Diskussion genau vor einem Jahr geführt, fast die identen Argumente. Wir haben eine ähnliche Diskussion im Ausschuss geführt, unaufgeregter als letztes Jahr, weil doch eingesehen wurde, dass diese Reform ordentlich vorbereitet wurde und ich glaube, dass auch gesehen wurde, dass wir keinen Cent eingespart haben. Nur wir haben nicht jeder Person automatisch den Betrag überwiesen und wir haben uns für Sachgutscheine entschieden. Doris Kampus z.B. gibt die Schulbeihilfe

auch nicht in Geld aus, sondern sie hat Schulstartpakete, da fährt man in eine Halle und bekommt dann quasi das Schulstartpaket in einem Karton ausgehändigt. Also, da gibt es auch ähnliche Ansätze. Das Land Steiermark überlegt jetzt, auch eventuell bei der Sozialhilfe neu einige Komponenten als Sachleistungen auch auszugeben. Da gibt es auch Gespräche mit Sodexo, was ich auch als Kompliment ansehe, dass wir wieder einmal als Stadt Graz hier Vorreiter waren. Aber kurz zu diesen Vorwürfen, die gemacht wurden. Nein, ich unterstelle nicht allen SozialCard-Inhabern, dass sie dem Glückspiel frönen und dem Alkohol verfallen sind. Aber ich war als Behindertenpädagoge im Rahmen der Wohnassistenz in irrsinnig vielen Familien und in einer gewissen Prozentzahl, so in etwa 20 bis 30 % der Fälle, war es leider so, dass Mutter oder Vater eben dem Alkohol verfallen waren und da ist das Geld am Ersten überwiesen worden und das Geld ist leider nicht bei den Kindern angekommen. Wenn wir diese Fälle mit unserem neuen System schützen, dann haben wir schon gewonnen. Aber es ist keine Unterstellung, dass alle eben hier das Geld falsch verwenden. Die Kennzeichnung der Gutscheine, das war vor allem letztes Jahr vor allem der Vorwurf, dass die Menschen an der Kassa stigmatisiert werden. Es steht auf dem Gutschein überhaupt nirgend, wo oben, dass das vom Sozialamt kommt, oder ähnlich. Wir wissen, dass Finanzamtsmitarbeiter auch Sodexo-Gutscheine bekommen. Das heißt, die regen sich auch nicht auf und die Polizei bekommt auch solche Gutscheine. Also dieses Argument kann man einfach wegschieben. Die Unterstellung der KPÖ, Susanne Bauer schüttelt den Kopf, wir werden dann wieder separat weiterreden, weil ich verstehe dich schon ein zweites Mal heute nicht, aber du wirst es mir sicher nachher erklären.

Der Vorwurf der KPÖ, dass es zuwenig Einlöse-Stellen gibt. Im letzten Jahr haben wir dann Billa, Spar, Lidl, alle mit dabei gehabt und es gibt 150 Einlöse-Stellen und immer das Argument mit dem Jachtklub, wenn sie kommen und auf Facebook da jetzt irgendwelche Ängste wieder den Leuten einimpfen. Warum ist diese Stelle mit dabei gewesen, weil die Wirtschaftskammer ausgeschickt hat, wer möchte alles dabei sein und wir haben gesagt, wir möchten niemanden ausschließen und dieses Unternehmen

hat auch kleine Kapperln, Souvenirs, T-Shirts etc. und deswegen wollte der Unternehmer dabei sein und wir haben es ihm nicht verboten. Aber uns zu unterstellen, dass wir zynisch sind und sagen, man könnte sich eine Jacht kaufen, da reitet der Populismus mit der KPÖ wieder gewaltig durch. Ich finde, da sollte man nicht mit Gefühlen und mit Menschen spielen. Wir haben, weil ich versprochen habe, dass wir keinen Cent einsparen, erstmals ein Angebot der SozialCard ausbauen können. Wir haben die Schulbeihilfe und das habe ich heute schon einmal erwähnt, um 20 % ausgebaut. Das ist für viele Menschen ein Geld, das sie jetzt sehr gut einsetzen können, das weiterhilft. Der letzte Punkt, ob wir evaluieren, ja, laufend, ständig und wenn es irgendwelche guten Erweiterungsideen gibt, dann bin ich als Sozialstadtrat gerne bereit. Die Sissi Potzinger ist zu mir gekommen, es wäre klasse, wenn die Bauernmärkte auch mit dabei wären bei der Gutscheinaktion, das haben wir geschafft. Ich bin da sehr offen und ich bin sehr dankbar, bedanke mich beim Sozialamt, bei der Frau Dr. Fink und auch bei Max Koren aus meinem Büro, der das mit auf Schiene gebracht hat, sowie beim Armin Sippel, der war auch bei allen Schritten mit dabei. Dankeschön (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (um 13.50 Uhr).

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Kreiner

- 9.29 Stk. 9) A 13-19810/2010-400
A 8-119719/2018-34
- erhöhte Mehrheit!**
- ASKÖ Sportcenter Graz,
Sanierung, Ausbau und Fertigstellung des
Mitteltraktes - Modul 3,**
- 1. Erhöhung der Projektgenehmigung um
insg. € 540.000 auf insg. € 5.000.000,**
 - 2. Nachtragskredit über insg. € 645.200 in der
AOG 2019,**
 - 3. Beschluss des neuen Ratenplanes,**
 - 4. Genehmigung zum Abschluss eines
Förderungsvertrages (Zusatzförderung) mit
dem ASKÖ Landesverband Steiermark und
dem Land Steiermark**

Kreiner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Zuhörer. Ich darf das Gemeinderatsstück berichten und zwar zum ASKÖ Sportcenter Graz, Sanierung, Ausbau und Fertigstellung des Mitteltraktes zum Modul 3. Vorweg sei einmal gesagt, dass wir ja schon letztes Jahr am 18.1. die Projektgenehmigung für die Generalsanierung des Mitteltraktes des ASKÖ-Stadions in Eggenberg über insgesamt 4.460.000 Euro beschlossen haben und diese Projektfinanzierung sich auch folgendermaßen zusammensetzt. Nämlich eine Finanzierung von Bund, Land und Stadt, aber auch kleine Eigenmittel des ASKÖ. Jetzt haben sich leider beim ersten und beim zweiten Modul Mehrkosten ergeben sowie jetzt auch beim dritten Modul unvorhergesehene Kosten, Zusatzkosten. Und zwar wurde im Zuge der Arbeiten festgestellt, dass die gesamte Trägerkonstruktion des Tribünendachs dringend sanierungsbedürftig ist. Das haben auch zwei Gutachten bestätigt und beide kommen zu dem Schluss, dass ohne entsprechende Sanierungen die Benützung dieser Tribüne untersagt werden muss. Zum Zweiten galt es, im Zuge des Umbaus auch die einzige Sportkegelanlage in Graz komplett zu erneuern. Auch hier haben sich Mehrkosten niedergeschlagen. In Summe würde das jetzt bedeuten, dass eben um 540.000 Euro die Projektgenehmigung erhöht werden müsste. Die setzt

sich dann folgendermaßen zusammen, dass eben 270.000 vom Land gefördert werden und 270.000 von der Stadt kommen würde. Diese Förderung wurde beantragt vom ASKÖ per Schreiben im Mai und wird jetzt auch durchgeführt bzw. wir haben da ja schon zugestimmt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem ASKÖ Landesverband Steiermark wird eine Aufstockung der Subvention um insgesamt € 540.000 auf von insgesamt € 4.978.647,82 für das Modul 3 „Sanierung des Mitteltraktes inkl. Kegelbahn“ bewilligt und die bestehende Projektgenehmigung erhöht. Die Bedeckung der städtischen Zusatzmittel von € 270.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Sonstiges. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
2. In der AOG 2019 wird unter Berücksichtigung einer Übertragung von € 105.200 die Fipos 5.26900.775000 „Kap. Transfers an Unternehmungen, ASKÖ“ um € 645.200 erhöht und zur Bedeckung die Fiposse 6.26900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um € 375.200 sowie 6.26900.871301 „Kap. Transfers von Ländern und Landesfonds“ um € 270.000 aufgestockt.
3. Für die Auszahlung der restlichen Raten gemäß Ratenplan

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 19. September 2019

Ratenplan der Stadt Graz inkl. Bundes- und Landesteilen	Bereits beschlossen	Zusatzsumme	
1. Rate	199.983,00		November 2018
2. Rate	1.600.000,00		November 2018
3. Rate	1.199.112,27		Jänner 2019
4. Rate	1.150.000,00		Juli 2019
5. Rate	199.945,00	540.000	Oktober 2019 - nach der rechtsverbindlichen Förderzusage des Landes und der schriftlichen Bestätigung der Eigenmittelverwendung durch den ASKÖ Steiermark
6. Rate	46.702,82		Nach Schlussrechnung
Gesamt	4.395.743,09	540.000	

Die noch ausstehenden Raten sind auf das Konto des ASKÖ Landesverbandes Steiermark., lautend auf das Konto IBAN: AT33 2081 5022 0040 3414, BIC: STSPAT2GXXX, bei der Steiermärkischen Sparkasse, zur Anweisung zu bringen.

4. Der Abschluss des beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Förderungsvertrages zwischen der Stadt Graz und dem ASKÖ Landesverband Steiermark in Höhe von Euro 540.000 zum Zweck der Fertigstellung des Projektes - Generalsanierung ASKÖ Mitteltrakt mit Vorplatz (Zusatzförderung) - wird genehmigt. Eine Auszahlung durch die Stadt Graz erfolgt erst gegen Nachweis einer schriftlichen, rechtsverbindlichen Förderzusage des Landes Steiermark über die Zusage von Euro 270.000 an die Stadt Graz und einer schriftlichen, rechtsverbindlichen Förderzusage über die Zuzahlung von Euro 380.000 (direkter Zufluss an die Sportcenter Graz Eggenberg Errichtungs- und Betriebs GmbH).

Insofern der Förderungsvertrag zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark (Entwurf liegt bei - Beilage F) in der beigelegten Form von der Landesregierung beschlossen wird, gilt dieser als angenommen.

*GR. Mag. **Haßler** erklärt sich für befangen und verlässt für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung den Gemeinderatssitzungssaal.*

Der Antrag wurde einstimmig (45:0) angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

**9.30 Stk. 17) A 10/BD-040562/2013/0015 Erhöhung der Projektgenehmigung
Sanierung und Neuorganisation Kaiser-
Josef-Platz um € 600.000,00 inkl. 20% USt.**

Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 9. Mai 2019 wurde die Projektgenehmigung über die Sanierung und Neuorganisation des Kaiser-Josef-Platzes mit Kosten in der Höhe von gerundet 1,3 Mio. inkl. 20 % Steuer beschlossen. Im Rahmen der Fertigstellung der Ausführungsplanung und den darauffolgend begonnenen Baumaßnahmen musste festgestellt werden, dass die bisher veranschlagten Projektkosten nicht ausreichend gegeben und Mehrkosten zu erwarten sind. Die Mehrkosten setzen sich aus einer notwendigen Vergrößerung des Projektgebietes, Mehrkosten in der Bauführung auf Grund unerwarteter Ereignisse und Mehrkosten für das Markt-WC und das Objekt der Marktaufsicht zusammen. In diesem Zusammenhang darf ich auch gleich betonen, der Umbau des Kaiser-Josef-Platzes ist auch ein Mehrwert, das ist ein positives Projekt gewesen, wir haben viele

positive Rückmeldungen bekommen. Es waren die Standler, die Besucher, auch Gäste, jetzt haben wir Gäste aus anderen Städten da gehabt, die haben alle begeistert über diesen Platz gesprochen, also in diesem Zusammenhang danke ich noch einmal den Abteilungen, die dieses Projekt ermöglicht haben (*Appl.*).

Ich komme auch kurz zur Aufstellung der Mehrkosten. Sie sind ja auch gestern im Ausschuss von den Fachbeamten schon genau erläutert worden. Z.B. hat die öffentliche Beleuchtung in der Mandellstraße und in der Schlögelgasse 95.000 € ausgemacht. Die Ausweitung und die technische Verbesserung der Stromversorgung waren 70.000, dann sind Mehrkosten aufgrund eben unerwarteter Ereignisse entstanden, das war der Neubau der stadteigenen Wasserversorgung um 80.000 €, das haben wir auch gehört, das ist eben passiert, beim Aufgraben hat man gesehen, da ist ein Wasserrohrbruch, den wird man dann natürlich sanieren, weil wenn da zig Liter von Wasser jeden Tag versickern, das wäre ja natürlich für die Umwelt eine Katastrophe. Also auch hier sind die Mehrkosten gut angelegt. Dann wurde die Anzahl der Unterflurelektroverteiler erneuert, auch wichtig, dass da Strom vorhanden ist für die Marktbetreiber. Mehrkosten bei den Platzbaumaßnahmen, das war ein Betonabtrag, den Brunnen versetzen, Baumschutzmaßnahmen, Fundament beim Objekt der Marktaufsicht. Auch hier hat es den Fall gegeben, dass dann bei den Sondierungen war keine Betonplatte und während der Bauausführung war plötzlich eine Betonplatte wegzustemmen, darum erklären sich auch hier die Mehrkosten von 155.000 Euro. Es gab Mehrkosten für Markt-WC und Objekt der Marktaufsicht, das sind 70.000, da muss man auch wieder sagen, das war eine Vorgabe der ASVK, also die Altstadtschutzkommission hat gebeten, dass wir hier gewissen Umbauten vornehmen. Das aufaddiert ergibt eine Summe von 600.000 inkl. 20 % USt. Das ist gestern in den Ausschüssen besprochen und auch mehrheitlich beschlossen worden. Ich darf daher den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen, dem vorliegenden Motivenbericht zuzustimmen. Die Erhöhung der Projektkosten um € 600.000,00 inkl. 20% USt. auf nunmehr € 1.973.775,00 inkl. 20% MwSt. wird erteilt. Die Bedeckung erfolgt im parallelen Finanzstück. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem vorliegenden Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Die Zustimmung zur Erhöhung der Projektgenehmigung um € 600.000,00 inkl. 20% USt. auf nunmehr € 1.973.775,00 inkl. 20% MwSt. wird erteilt. Die Bedeckung erfolgt im parallelen Finanzstück der Finanzdirektion.

GR. Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Stadtregierung, werter Vortragender. An und für sich der Umbau des Kaiser-Josef-Platzes ist als positiv zu werten. Wir haben dem Hauptstück im späten Frühjahr deshalb nicht zugestimmt, weil für unser Gefühl das Stück noch zu unausgereift war. Die Mehrkosten, die eklatanten, haben uns das eigentlich bestätigt, dass es zu diesen Kostenexplosionen gekommen ist, hat der Vortragende, der Herr Lohr, eh dementsprechend argumentiert, da möchten wir ein recht herzliches Dankeschön an die Baudirektion auch an dieser Stelle weitergeben. Vor allem an den Baudirektor und an den Herrn Ing. Purkarthofer, der uns das gestern im Ausschuss auch wirklich hervorragend erklärt hat, wie es zu dieser Kostenexplosion hat kommen können. Positiv zu erwähnen ist z.B., was man auch nicht gewusst hat, dass dieser ganze Platz mit diesem Teeraway-Asphalt, das ist ein Kunstharzbelag, der eine Versiegelung ausschließt, also da versickert wirklich jedes Oberflächenwasser, das ist wirklich als positiv zu werten. Unausgereift war es insofern, weil man erst hinterher draufgekommen ist, obwohl es eine Kernzone ist, dass die ASVK da miteingebunden werden muss, das ist ein großer Faktenpunkt, den man aufgrund dieser Schnelligkeit dieses Projektes verabsäumt hat mit ins Projekt zu nehmen. Von unserer Seite schaut es fast so aus, als ob man es noch durchboxen wollte über den Sommer, die Wahlen stehen ja schließlich auch an und Erntedankfest ist ja auch. Da hat man wahrscheinlich vorgehabt, dass man den Platz noch rechtzeitig fertiggestalten möchte. Nichtsdestotrotz im Nachhinein betrachtet ein positives

Endergebnis. Nach der Erklärung, wo diese Kosten herkommen, sind dann wir im Klub zur Meinung gekommen, dass wir dem Stück heute zustimmen werden, weil es im Großen und Ganzen als positiv für die Bevölkerung und generell für die Marktbesucher und MarktbesucherInnen gewertet werden kann. Danke vielmals.

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich war gerade gestern bei einer Veranstaltung Regionalwirtschaft, wo es um das Thema regionaler Vertrieb gegangen ist und wo auch einige Standler und Standlerinnen vom Kaiser-Josef-Platz anwesend waren, die alle sehr zufrieden waren mit der Sanierung, wie sie stattgefunden hat und wir, das möchte ich vorausschicken wir waren nie gegen diese Sanierung, sondern wir waren immer dafür, dass der Kaiser-Josef-Platz saniert wird, dass die WC saniert werden, dass eben die Baumscheiben vergrößert werden und ich war dazu auch im Kontakt mit der Grünraumabteilung, weil mich natürlich interessiert hat, wie das mit der Versickerung aussieht. Wir freuen uns total, dass es neue Bäume gibt, dass die Logistik verbessert wurde. Das sind alles sehr positive Punkte, aber trotzdem meinen wir, dass eine Planungskostenüberschreitung von 50 % schon sehr viel ist. Deshalb werden wir diesem Stück nicht zustimmen. Ich möchte aber Folgendes sagen: Wir als Grüne freuen uns wirklich über jeden Markt. Wir freuen uns, wenn es Regionalwirtschaft gibt, wenn regionales Einkaufen möglich ist und es gibt auch ganz viele Wünsche auch von den MarktbesucherInnen, dass einfach das Normalität wird, dass man am Markt einkauft und das machen nur mehr wenige Menschen. Die meisten Menschen machen halt ihren Wocheneinkauf und kaufen auch am Markt ein. Eigentlich sollte es umgekehrt sein, dass man primär am Markt einkauft und dazu braucht es einige Verbesserungen. Zum Beispiel auch, wann man am Markt einkaufen kann. Daher wirklich mein Appell, dass man das auch ermöglicht, dass am Abend, an bestimmten Abenden, es möglich ist, auf unseren Bauernmärkten einzukaufen, weil viele Leute, die berufstätig sind, sonst keine Möglichkeit haben, am Bauernmarkt

einzukaufen, weil man nicht den ganzen Tag mit seinen Einkäufen dann spazieren geht oder keine Kühlmöglichkeit hat. Ein zweiter Wunsch, der da gestern gekommen ist, ich würde mich freuen, wenn ihr zuhört... (*Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*).

Ein zweiter Wunsch, der auch gekommen ist, war der Wunsch, dass die Stadt Graz die Bauernmärkte noch stärker unterstützt durch Werbemaßnahmen, durch Öffentlichkeitsarbeit, das möchte ich auch hier gleich weitergeben. Weil die leisten wirklich Tolles, auch im Sinne des Klimaschutzes, für uns und deshalb freuen wir uns über jede Unterstützung für unsere MarktbesucherInnen und über unsere Bauernmärkte, danke.

GR. Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir werden dem Stück ebenfalls nicht zustimmen. Gründe decken sich eigentlich ziemlich mit dem, was die Kollegin Pavlovec-Meixner gesagt hat. Inhaltlich ist es sicher eine schöne Gestaltung, die dort stattgefunden hat. Was man aber nicht verleugnen kann ist, dass eine Kostenüberschreitung um 40 bis 50 % schon sehr eklatant ist und der Projektleiter hat es heute im Finanzausschuss auch gut erklärt. Es sind einige Dinge, die unerwartet aufgetreten sind, die kann man auch so zur Kenntnis nehmen, € 210.000 ca., wofür aber generell sowieso 10 bis 15 % Reserve für Unerwartetes eingerechnet wird, das wäre zum Großteil schon enthalten gewesen. Der große Teil der Mehrkosten von 600.000 Euro wurde dadurch verursacht, dass einfach der Zeitdruck so groß war, offensichtlich von Seiten der Politik, dass die Ämter die Planung nicht so in Ruhe und so sorgsam machen konnten, wie sie es gerne gemacht hätten, dann hätte man nachher das Projektgebiet nicht ausweiten müssen. Da geht es für mich um eine Prinzip Frage. Wenn das einreißt, dann können wir uns alle Anträge hier im Gemeinderat sparen, wenn wir dann so große Kostenüberschreitungen haben und aus diesen prinzipiellen Gründen unsere Gegenstimme. Danke.

GR. Mag. **Frölich**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vizebürgermeister. An der Diskussion im Fachausschuss habe ich nicht teilgenommen, im Finanzausschuss haben wir schon darüber gesprochen. Zwei Anmerkungen, die mir wichtig sind: Einerseits ist ganz klar herausgekommen, dass es diese Bezeichnung Kostenüberschreitung, die du verwendest, so absolut unkorrekt ist, denn da sind ja nicht die Dinge erledigt worden, die ursprünglich vorgesehen waren, sondern anlässlich der Bauarbeiten sind Maßnahmen getroffen worden, die sinnvoll waren, sprich die Beleuchtung erweitertes Umfeld, die Beleuchtung ist anders als ursprünglich geplant, weitergehend gemacht worden und von diesem Unterbau ist schon gesprochen worden, diese Rohre, die da vorher nicht geplant waren, das sind Projekterweiterungen gewesen. Eine Kostenüberschreitung ist etwas ganz anderes. Das ist, wenn ich die gleiche Arbeit mache, die ich geplant hatte und höhere Kosten dafür zahle. Die zweite Geschichte, aber gut, ihr habt da diese Fragen, die wirtschaftlichen, das wissen wir eh, da gibt es Schwachpunkte. Die zweite Geschichte, liebe Andrea, deine Forderung, ich verstehe, wir hatten ja dieses Projekt am Mariahilfer-Platz, wo am Nachmittag Bauernmärkte da waren und das ist ein paar Monate gelaufen und es ist sehr gut angenommen worden, eine sehr gute Geschichte. Ich weise nur darauf hin, was wir wollen, sind ja die kleinen Produzenten, sind ja die kleinen heimischen Bauernbesicker, die da sein sollen. Ich sehe schon die Gefahr, ich bin absolut für Erweiterung von Handelszeiten, aber einen Bauernmarkt mit Supermarkt-Öffnungszeiten zu belegen, das halte ich für gefährlich, weil dann haben wir nur mehr die Großhändler am Bauernmarkt. Die müssen natürlich zu Hause auch sehr viel Dinge erledigen und ich glaube, da müssen wir als Konsumenten mündig genug sein zu akzeptieren, dass die Menschen, die uns dort ihre hervorragende Ware verkaufen, natürlich auch ihre Zeiten brauchen, um das zu Hause, die Arbeit, die dort zu erledigen ist zu machen. Ich würde es mir auch wünschen, das kann man sicher theoretisch regeln, indem man sagt, man bietet zwei Zeitschienen an. Die einen kommen da und die anderen dann, aber Vorsicht bei generellen Erweiterungen von Öffnungszeiten von Bauernmärkten.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Ich erlaube mir eine Bemerkung, Zeitdruck hat es keinen gegeben, sondern wir haben dieses Projekt wohl vorbereitet aufbauen lassen, aufstellen lassen und es ist auch sehr gut geplant und da bedanke ich mich ganz herzlich bei der Baudirektion. Alle anderen Aussagen sehe ich als rein politische Agitation an. Des Weiteren muss man eines sagen, wenn wir diese Sanierung nicht gemacht hätten auf diesem Platz, dann wären wir jetzt gar nicht draufgekommen, wie der Zustand der Infrastruktur unterhalb ist, nämlich was die Verrohrung, sie ist schon angesprochen worden, anbelangt, was die Elektrifizierung anbelangt und das war höchst an der Zeit. Das Schlimmste, was passieren hätte können, dass man während der marktüblichen Zeit, sprich Herbst, Winter, Frühling, draufgekommen ist und aufgraben hätte müssen, weil dann hätten wir massive Probleme gehabt mit der Absiedelung des Bauernmarktes in der Zeit und deswegen haben wir gesagt, wir versuchen das und wir haben es geschafft, das in den Sommerzeiten zu machen. Frau Kollegin Pavlovec-Meixner, Abendstunden, Nachmittag, das ist keine neue Geschichte, das machen wir seit Wochen und Jahren. Wir haben einen Produzentenmarkt. Der Produzentenmarkt bedeutet, dass die Bauern, die ihre Ware feilbieten, auch arbeiten müssen auf den Feldern und wo auch immer. Das bedeutet, dass von den Bauern selbst nur sehr vereinzelt der Wunsch kommt, an Nachmittags- und Abendzeiten Standln zu betreiben. Wir bieten es an, so wie es der Gemeinderat Frölich eben ausgeführt hat. Wir schauen auch, dass wir an verschiedenen Bauernmärkten eben zu verschiedenen Tagen anbieten. Das Angebot ist da, das ist nicht so, dass wir sagen, nein, wir dürfen nicht, das ist da, und am Kaiser-Josef-Platz haben wir jetzt zusätzlich den Vorteil, dass nicht mehr geparkt wird am Platz, das heißt, die Gastronomie kann sich ausbreiten, aber natürlich, wenn der Wunsch da ist von Produzenten, man natürlich auch einen Abend-/Nachmittag-Bauernmarkt einrichten kann. Dafür ist gesorgt. Wie gesagt, meine Damen und Herren, ja, Kostenüberschreitung, nicht wirklich korrekt, das ist durch verschiedene Vorkommnisse verursacht worden und es hat eine Projektausweitung gegeben, wie es schon richtig gesagt worden ist, was die Beleuchtung etc. anbelangt. Es wäre dumm

gewesen, wenn wir das nicht gemacht hätten und während der Baustelle hat man einfach gesagt, es wäre gescheit, das noch dazu zu machen. Sinnvolle Maßnahmen, noch einmal ganz herzlichen Dank an die Baudirektion und alle Beteiligten und an das Marktamt, weil die haben wirklich viel leisten müssen und es sind alle zufrieden und ich glaube, wir sollten alle zufrieden sein, dass wir der Stadt Graz den ältesten Bauernmarkt wieder in einem neuen Gewand zurückgegeben haben. Ich lade alle ein, einmal darüber zu lustwandeln, einzukaufen oder auch nur die Gastronomie zu nutzen. Danke.

GR. Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, auch von mir ein kurzes Schlusswort. Das Wesentliche hat ja der Herr Vizebürgermeister bestätigt. Kurz zum Kollegen der KPÖ, Sikora, danke einmal, dass ihr heute zustimmt. Aber ihr habt ja dem vorhergehenden Projekt ja deshalb nicht zugestimmt, weil es nicht unausgegoren ist, sondern weil ihr euch damals um die asphaltierte Wiese Sorgen gemacht habt. Das war auch grundlos, nach dem Graz Marathon wird sie uns wieder in voller Pracht zur Verfügung stehen. Grüne und SPÖ, ja ihr seid neidisch auf ein Projekt, das Schwarzblau da gut aufgesetzt haben. ihr hab ja selbst keine Themen. Der Umweltschutz hat sich dann auch irgendwann einmal abgewetzt, jetzt fangt ihr halt wieder an, diese guten Erfolge zu kritisieren. Daher kauft ein am Kaiser-Josef-Markt (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (14:28 Uhr).

Berichterstatter: GR. Ing. Sickl

9.31 Stk. 18) A 14-094070/2018/0015 02.16.0 Bebauungsplan, „Koßgasse - Plüddemanngasse - Am Ring" II. Bez., KG St. Leonhard IX. Bez., KG Waltendorf

Sickl:

Hoher Gemeinderat, werte Damen und Herren. Ich berichte vom Bebauungsplan 02.16.0, Koßgasse – Plüddemanngasse – Am Ring. Es handelt sich um ein Planungsgebiet von einer Größe von 14.000 m². Es ist allgemeines Wohngebiet. Ziel des Bebauungsplanes ist der Schutz und die Revitalisierung von Innenhöfen und Vorgärten in geschlossenen Siedlungsbereichen. Namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung stelle ich daher den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: den oben genannten Bebauungsplan bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den 02.16.0 Bebauungsplan „Koßgasse - Plüddemanngasse - Am Ring“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. DI. Topf

9.32 Stk. 19) A14_062901/2014

05.25.1 Bebauungsplan „Alte Poststraße -
Feldgasse“, 1. Änderung, V. Bez., KG Gries

Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Mitglieder der Stadtregierung. Ich darf eine Änderung des 05.25.1 Bebauungsplanes Alte Poststraße – Feldgasse, die erste Änderung, zur Kenntnis und zur Abstimmung bringen. Wir haben gestern über die Ausgangslage kurz diskutiert. Im Stück ist noch ein Liegenschaftseigentümer angeführt, inzwischen sind diese Eigentumsverhältnisse auf mehrere Eigentümer aufgeteilt worden. Wir haben gestern auch zur Kenntnis gebracht bekommen den neuesten Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis. Im Wesentlichen geht es aber um folgende Situation. Die nunmehr vorliegende Änderung betrifft lediglich einen bestimmten Gebäudeteil, nämlich das Gebäude B II. Im Gebäude B II sind im Bebauungsplan als unzulässige Erdgeschoßfläche für Wohnzwecke ca. 700 m² ausgewiesen. Es ist hier gedacht gewesen, eine Kinderbetreuungseinrichtung einzurichten und aufgrund der negativen Förderzusage durch das Land ist eine wirtschaftliche Führung dieser Kinderbetreuungseinrichtung nicht möglich. Gestern wurde auch diskutiert, gibt es dort überhaupt einen Bedarf, sind andere Möglichkeiten da, das wurde durchaus gestern auch moniert und wir konnten nur darauf hinweisen, dass es in unmittelbarer Nähe Kinderbetreuungseinrichtungen in Don Bosco und auch in Neuhart gibt. Deshalb gibt es hier eine Änderung und diese Änderung beinhaltet den Ausschluss einer Nutzung der Erdgeschoßfläche für Wohnzwecke, die um 60 m² verringert wird. Das hat Auswirkungen auf die Verordnung, auf den § 2, Änderung der Bebauungsweise und der Nutzungen insbesondere, die ich ausgeführt habe. Die Nutzung der Erdgeschoßfläche für Wohnzwecke ist bei folgenden Gebäuden jetzt unzulässig: Es ist das Gebäude B I und B II gemäß Eintragung, das ist genau planlich dargestellt, und der § 3 hat sich eben

auch geändert, bei den Gebäuden B I und BII hat die Erdgeschoßhöhe bei Nicht-Wohnnutzungen, also Ausschluss von Wohnzwecken, mindestens 4,0 m zu betragen. Hier geht es also darum, dass nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz hier unzulässig große Bereiche als Wohnnutzung hier genutzt werden. Ich darf daher den Antrag stellen im Namen des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung, der Gemeinderat wolle beschließen den 05.25.1 Bebauungsplan „Alte Poststraße - Feldgasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

den 05.25.1 Bebauungsplan „Alte Poststraße - Feldgasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht.

*GR. Mag. **Muhr** erklärt sich für befangen und verlässt für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung den Gemeinderatssitzungssaal.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Egger

**9.33 Stk. 23) A 8-31806/2006-118
GZ: A 13 - 15601/2011/381
GZ: A 10/BD 14727/2018/4**

**Anpassung der Projektgenehmigungen
gem. GR-Beschlüssen vom
15.03. u. 18.10.2018,
1. Sportzentrum Graz Weinzödl,
2. Sportstadion Graz Liebenau - Eishalle B
(Bau von 2 Umkleidekabinen),
Stadion Graz-Liebenau
Vermögensverwertungs- und Verwaltungs
GmbH; Ermächtigung für den Vertreter der
Stadt Graz gem. § 87 Abs 2 des Statuts der
Landeshauptstadt Graz**

Egger:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Werte Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Galerie. Im vorliegenden Stück geht es, wie bereits vom Kurt Hohensinner ausgeführt, um eine Anpassung der Projektgenehmigung gemäß den Gemeinderatsbeschlüssen von 15.3 und 18.10.2018. Im Gemeinderatsbeschluss vom 15.3.2018 wurde für das Sportzentrum Graz Weinzödl die Genehmigung eines Tribünausbaues mit einer Obergrenze von 1,1 Mio. plus Umsatzsteuer unter der Bedingung, dass der GAK einen Investitionskostenzuschuss von 0,3 Mio. Euro leistet, erteilt. In einem zweiten Gemeinderatsbeschluss am 18.10.2018 wurde diese Summe oder der Finanzrahmen auf max. 1,4 Mio. Euro erhöht. Ziel war es insgesamt, das Sportzentrum Weinzödl zweitligatauglich zu gestalten. Das hat sich dann als etwas schwieriger herausgestellt, weil, um es tatsächlich dann nach der Ansicht der Ligavertreter in diesen Zustand zu bringen, wären 2,6 Mio. Euro notwendig gewesen und daher hat es in Gesprächen zwischen der Stadt Graz und dem GAK-Vorstand da die Entscheidung gegeben, dass der GAK auch in die Merkur-Arena übersiedelt und damit dort die Auslastung erhöht und aus diesem Grunde ist es notwendig, einen Anpassungsbeschluss zu fassen. Der Gemeinderat wolle gemäß 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt im Sinne des Motivenberichtes beschließen, dass der Vertreter

der Stadt Graz, in dem Fall Dr. Günter Riegler, ermächtigt wird, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen, dass diese Abstimmung auf schriftlichem Wege erfolgt, Aufhebung der Investitionsgenehmigung über 1,4 Mio. € gem. GR-Beschlüssen vom 15.03. und 18.10.2018 betreffend Sportzentrum Graz Weinzödl und Refundierung von € 300.000,-- an den GAK für die getätigte Beteiligung an den Umbaukosten; Genehmigung der Sanierungsmaßnahmen im Sportzentrum Graz Weinzödl inkl. der Ablöse der dem GAK gehörigen 2. Tribüne und aus dieser Situation heraus ist es möglich, zwei Kabinen in der Eishalle B im Sportstadion Graz Liebenau lt. beiliegender Aufstellung voranzutreiben. Es ist das Sportamt, die Baudirektion und die GBG einzubinden. Die Gesamtersparnis von rd. € 459.000,- ist wieder dem Investitionsfonds Infrastruktur zuzuführen. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögens-, Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Aufhebung der Investitionsgenehmigung über 1,4 Mio. € gem. GR-Beschlüssen vom 15.03. und 18.10.2018 betreffend Sportzentrum Graz Weinzödl und Refundierung von € 300.000,-- an den GAK für die getätigte Beteiligung an den Umbaukosten.
3. Genehmigung der Sanierungsmaßnahmen im Sportzentrum Graz Weinzödl inkl. der Ablöse der dem GAK gehörigen 2. Tribüne, sowie der Errichtung der zwei Kabinen in der Eishalle B im Sportstadion Graz Liebenau lt. beiliegender Aufstellung, Budgetbedarf, Beilage 2.

Die Einbindung des Sportamtes, der Baudirektion und der GBG soll soweit zweckmäßig erfolgen. Die Gesamtersparnis von rd. € 459.000,- (= ursprüngliche Projektgenehmigung von € 1.400.000,- abzüglich GAK-Eigenbeitrag € 300.000,- abzüglich der aktuellen Projektgenehmigungen von rd. € 641.000,-) ist wieder dem Investitionsfonds Infrastruktur zuzuführen. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

GR. Mag. **Haßler**:

Hoher Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. An und für sich ein Stück, das keine besondere Aufregung verursacht hätte, hätte eben nicht der Herr Sportstadtrat die Gelegenheit auch in dem Zusammenhang dann genutzt, um dann im Ausschuss und dann auch öffentlich medial kundzutun, dass für ihn die Stadiondiskussion in Graz auch beendet ist. Da ist in der Öffentlichkeit auch der Eindruck entstanden, dass heute hier im Gemeinderat über ein Stück abgestimmt wird, wohin es geht. Wollen wir zwei Stadien oder nur eines, was ja nicht der Fall ist, sondern fachlich inhaltlich geht es in dem Stück um ganz andere wesentliche Dinge. Was schon irritierend ist und ich denke, das ist wenig wertschätzend gegenüber den zwei großen Grazer Fußballvereinen, vor allem wenig wertschätzend gegenüber den Fans dieser Vereine, dass eine Stadiondiskussion abgesagt wurde, bevor sie eigentlich begonnen wurde. Ich kann nur für meine Fraktion sagen und wahrscheinlich für die anderen Nichtregierungsfraktionen, wir haben noch nie an so einer Diskussion teilgenommen. Wir kennen keine Fakten, keine Unterlagen. Angeblich, so hören wir, gibt es Konzepte von Sturm Graz, die der Stadt Millionenbeträge geben würden für diese Frage des eigenen Stadions. Dass ein Stadion Sinn macht, so glaube ich, ist auch schon in andern Städten immer wieder diskutiert worden, weil die Frage der Vermarktung dann für die Vereine ja viel leichter ist und wenn das am Ende des Tages

dazu führt, dass die Vereine dann weniger Subventionen von der öffentlichen Hand erhalten und wir vielleicht dafür keine Abgangsdeckung irgendwo bezahlen müssen, muss man diese Frage ernsthaft diskutieren. Aus diesem Grund werde ich zum Schluss einen Zusatzantrag stellen und entsprechend einen Fußballgipfel einfordern. Der Herr Stadtrat hat es ja richtigerweise gesagt. Bei der Frage Fußballgipfel für kleine Vereine habe ich ganz klar die Position vertreten, da die großen Vereine nicht dazu zu nehmen, weil sonst ...

Zwischenruf StR. Hohensinner: Wir haben schon darüber geredet.

Haßler: Ja, aber nicht über das Datum. Einladung hatte ich übrigens auch keine. Weil, wenn die großen Vereine dabei sind, würden die Interessen der kleinen Vereine dabei ganz klar unter die Räder kommen. Deshalb ist diese Trennung gut und nichtsdestotrotz ist die Diskussion auch zu führen und weil heute immer gesagt wurde, die SPÖ ist für zwei Stadien usw. Wenn es gute Konzepte gibt, die das auch begründen und auch wirtschaftlich darstellen lassen, dann sind wir dafür. Momentan können wir weder ja noch nein sagen, weil wir die Konzepte nicht kennen und ich glaube, jeder hier im Gemeinderat hat das Anrecht, dass auch diese Konzepte offen auf den Tisch gelegt werden, dass nicht einige hinter verschlossenen Türen diese Konzepte irgendwo durchbesprechen und dann für sich eine Entscheidung treffen, das kann es so nicht sein und deswegen auch diese Forderung in diese Richtung. Wie gesagt, es gibt in Linz eine Möglichkeit, dass es zwei Stadien gibt für Linz und Blauweiß, ich habe geschaut, in Laibach gibt es ein Stadion mit 16.000 und 5.000. Es wird andere Städte geben, du hast Mailand erwähnt, wo es das nicht gibt. Ich muss auch dazusagen, mich hat die Diskussion jetzt wegen der Kostensteigerung Weinzödl, 1,4 Mio. hätten wir ja schon bereitgestellt und 2, 8 Mio. ist im Ausschuss berichtet worden, würde der Ausbau kosten, wenn wir es so herrichten, wie es die Bundesliga verlangt. Das heißt 1,4 Mio.

Mehrkosten. Mich würde das nicht erschüttern, weil ich habe ja, heute leider nicht da, von unserem Herrn Bürgermeister sehr viel in den letzten 11 Jahren lernen können und eine wesentliche Erkenntnis ist, lass dich bei deinen Visionen nicht von finanziellen Fesseln beeinträchtigen, denn seine Visionen, die er doch jährlich mehrmals auch dann in Vorstudien umsetzen lässt, kosten auch die eine oder andere Million, das heißt, ein paar Millionen würden mich nicht schocken. Daher fordern wir ein und jetzt komme ich zum

Zusatzantrag:

Der zuständige Sportstadtrat wird ersucht, unter Einbindung von VertreterInnen des Landes Steiermark, von Sturm, GAK und aller Gemeinderatsfraktionen raschest einen „Fußballgipfel“ durchzuführen, in dem die „Stadion-Frage“ für die beiden großen Fußballvereine Thema sein soll.

Ich kann dazu sagen, der Herr Sportlandesrat war ja heute auch kurz Gast in unserer Sitzung. Ich habe die Gelegenheit genutzt, ihn zu fragen, ob er an so einem Gipfel teilnehmen würde, sehr gerne würde er da mitunterstützen. Danke.

Originaltext des Zusatzantrages:

Der zuständige Sportstadtrat wird ersucht, unter Einbindung von VertreterInnen des Landes Steiermark, von Sturm, GAK und aller Gemeinderatsfraktionen raschest einen „Fußballgipfel“ durchzuführen, in dem die „Stadion-Frage“ für die beiden großen Fußballvereine Thema sein soll.

GR. Mag. Sippel:

Hoher Gemeinderat, lieber Gerald, es ist ja immer wieder amüsant, mit dir auch über den Sport zu diskutieren, mitunter auch etwas skurril. Aber ich denke, wir sind uns alle

einig, dass wahnsinnig viel in Graz in den letzten Jahren für den Sport passiert ist. Nicht zuletzt auch das Sportjahr 2021, eine tolle Geschichte. Wir sind natürlich immer bereit, auch über Sport, Sportinfrastruktur zu diskutieren, aber diskutieren kann man dann, wenn es konkrete Ideen gibt, die am Tisch liegen. Auch Lösungen, nicht nur ein Gipfel, ein Gipfel ist zuwenig. Ich würde gerne diskutieren und zwar über Konkretes und zum Konkreten gehört dazu, dass es vielleicht schon eine Idee gibt, wo wir so ein zweites Stadion bauen könnten. Diese Idee kenne ich nicht, sag uns einen Platz, sag uns, wie könnten wir das finanzieren. Wenn wir so weit sind, können wir uns an einen Tisch setzen. Ich glaube aber trotzdem auch, dass diese Debatte an der Realität vorbeigeht. Ich verstehe den Wunsch von Vereinen, ein eigenes Stadion zu haben, eine Heimstätte zu haben. Das ist natürlich wichtig auch für die Identifikation, das ist klar. Auch bei uns waren Fanvertreter, Funktionäre, ich verstehe das alles, nur ich glaube, wir haben eine Stadioninfrastruktur, die auch der Allgemeinheit viel Geld kostet, die ausreichend sein sollte für beide Vereine. Sowohl für den erstklassigen SK-Sturm als auch für den noch in der zweiten Klasse befindlichen GAK. Wenn man sich die Durchschnittsbesucherzahlen beider Vereine ansieht, dann kommen wir nicht auf die Kapazität, was Liebenau in Wirklichkeit hat. Das Stadion steht, wenn es ein Verein benutzt, 14 Tage lang leer. Ich glaube, das sollte schon irgendwie machbar sein, zumal eine Stadioninfrastruktur unendlich teuer ist. Ich kann dir jetzt da Beispiele bringen, Freiburg baut jetzt gerade ein neues Stadion, da reden wir von 120 Mio., ich weiß schon, das sind 25.000 Leute, die da drinnen Platz finden. Es gibt aber Stadien, die die Hälfte haben und die auch nicht viel billiger sind. Das heißt, unter 30 bis 40 Mio. Euro, und das ist die absolute Billigbauweise, wenn man ein Stadion, das ein bisschen auch tauglich ist auf Bundesliganiveau oder wo vielleicht einmal irgendwann einmal ein Europacup stattfinden kann, nicht zustande bringen. Das heißt, das ist die Debatte, die wir führen. Das heißt nicht, dass es nicht Lösungen geben kann, aber die müssen zuerst einmal auf den Tisch. Da brauchen wir Ideen und nicht nur einen Gipfel, das ist aus meiner Sicht doch etwas zuwenig. Ich glaube, man sollte nicht den Fehler machen jetzt als Partei, wir machen ihn zumindest nicht, dass man sich auf die Seite irgendeines

Vereines schlägt oder da Zusagen macht. Das ist natürlich passiert, in jeder Partei gibt es Rote und Schwarze, jetzt im Sinne von Fußball. Auch der Herr Bürgermeister ist für GAK, der Herr Vizebürgermeister ist für Sturm, das heißt, nicht den Fehler machen, hier auf diese durchaus verständlichen Begehren der einzelnen Vereine zu sehr einzugehen. Ich glaube, wir sollten die Kosten im Blick haben und wir sollten vor allem auch schauen, dass wir die vielen anderen Sportbereiche, die in Graz natürlich auch einen Bedarf haben, dass wir die da nicht außer Acht lassen. Insofern, wenn es Ideen gibt, Lösungen, gerne, aber ein Gipfel, der ist eher unnötig, danke.

GR. Haßler:

Die salbungsvollen Schlussworte des Stadtrates kann ich dann nicht mehr kommentieren, das weiß ich, nachdem sich aber sonst keiner meldet, muss ich schon noch auf den Armin kurz replizieren. Du hast gesagt, einen Gipfel gerne, wenn Konzepte am Tisch liegen. Ich kann nur sagen, meines Wissensstandes nach gibt es Konzepte. Der SK Sturm hat ein sehr umfangreiches Konzept, GAK hat auch Überlegungen. Ich habe nicht gesagt, ich will ein Stadion für 40.000 Zuschauer. Ich habe auch ein Mail bekommen, sag ich nur als Pendant, wo angeregt wurde, nachdem Wien ja das Nationalstadion nicht will, ob sich Graz nicht bewerben könnte. Das Nationalstadion für die Länderspiele in Graz zu machen, mit Bundesunterstützung, auch eine charmante Idee. Was ich angesprochen habe ist, dass erstens einmal der Ausbau in Weinzödl auf 4000, 4500 Zuschauer, wie wir jetzt gehört haben, rund 2,8 Mio. Euro kostet, das ist einmal für die zweite Liga dann auf jeden Fall ausreichend, das wissen wir. Vielleicht haben die Vereine auch Ideen, was würde passieren, wenn man das Stadion trennt, wenn die wirklich aufsteigen. Ich möchte es mir einmal anhören, ihr scheint ja auch nichts zu wissen oder mehr zu wissen. Ich kann nur sagen, die Vereine behaupten, es gibt Konzepte, die Vereine sagen, sie waren auch beim Bürgermeister, die Vereine sagen, zuerst war er begeistert, dann haben wir nichts mehr gehört. Das kann ich sagen und vom Hörensagen, ich will, dass das öffentlich

diskutiert wird. Ich glaube, die Vereine und auch die Fans der Vereine haben so viel Wertschätzung verdient, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, das darzulegen. Welche Entscheidung wir dann treffen, das gilt auch für die SPÖ, das kann ich heute nicht sagen. Aber die Diskussion nicht zu führen, das werden wir so in dieser Form nicht zur Kenntnis nehmen, dann werden sie halt wir führen die Diskussion. Eine Ergänzung noch, wir werden dem Stück heute zustimmen, aber fürs Protokoll, der Fußballgipfel muss stattfinden.

Vorsitzwechsel – StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.50 Uhr).

StR. Hohensinner:

Ich habe jetzt ganz aufmerksam allen Argumenten gelauscht. Der Herr Klubobmann Haßler sagt, ihr wollt das zum Thema machen. Ich sage ja, ihr wollt das zum Wahlkampfthema machen. Das ist natürlich euch überlassen. Was Visionen betrifft, ihr zeigt ja, was ihr mit Fußball auch zurande bringt, wenn man da ins Klagenfurter Fußballstadion schaut, wo jetzt derzeit ein Wald steht und ich möchte sagen, dass ich mit einigen Kollegen deiner Fraktion gesprochen habe, gestern mit dem Herrn Klaus Eichberger, auch mit dem Landesrat Lang, den ich gestern beim Handball getroffen habe und ich sag nur so viel, die sind überhaupt nicht begeistert über diese Visionen. Jetzt reden wir einmal darüber, was wir in Liebenau investiert haben. Wir sind derzeit bei der zweiten Bauphase. Als ich angefangen habe als Sportstadtrat, ist darüber diskutiert worden, können wir einen VIP-Bereich ausbauen, ja oder nein. Ich war damals der Meinung, wir müssen mit Steuergelder vorsichtig sein, wenn z.B. LUV noch nicht saniert ist, wird es schwierig. Wir haben das dann für Sturm, weil die wirtschaftlich überleben müssen, geschafft, indem wir ein Sporttagungszentrum daraus gemacht haben. Der Rechnungshof hat das auch sehr kritisch begleitet, aber

das ist irgendwie darstellbar. Aber wir investieren jetzt in Liebenau sehr viel Geld, sehr viele Millionen, das muss einmal wertgeschätzt werden, überhaupt wenn man weiß, wie viele Tage in diesem Stadion Fußball gespielt wird. Wenn nur Sturm spielt, sind das nämlich insgesamt 19 Tage. Jetzt dann doppelt so viel Tage Auslastung. Da muss man das schon genau ansehen. Jetzt haben ich gelesen bei eurer Stadiondiskussion, die ganz kurios auf Facebook und Instagram geführt wird, der Michi Ehmann wird gefragt, bitte, Herr Gemeinderat, sagen Sie uns Fakten, warum braucht Graz ein zweites Stadion? Er schreibt, was aber meiner Meinung nach überhaupt nicht geht, eine solche Entscheidung ohne Einbindung der Vereine hinter verschlossenen Türen zu fällen, das geht gar nicht. Du hast das jetzt zum Schluss gesagt, irgendwer dürfte dich informiert haben, dass wir im ständigen Austausch mit GAK und Sturm sind. Die letzten Wochen ständig, auch zu dieser Frage haben wir diskutiert. Ich habe gestern mit dem Christian Jauck telefoniert, der sich gerade auf Urlaub befindet und wir stimmen überein. Wir stimmen überein, dass kurz- und mittelfristig überhaupt kein Licht ist für ein zweites Stadion. Da darf man den Fans auch nicht irgendetwas vorgaukeln oder sie in eine falsche Richtung treiben. Man muss ihnen reinen Wein einschenken. Kurz- und mittelfristig gibt es da keine Chance. Langfristig verstehe ich Sturm, dass sie eine Vision verfolgen. Das ist verständlich und wenn man mit Sturm dann darüber diskutiert, und jetzt hör bitte zu, Herr Klubobmann, dann bringen sie einen Vorschlag, der wie folgt aussieht: Bitte schenkt uns das Liebenauer Stadion, wir übernehmen die Abgangsabdeckung und mit dieser Abgangsabdeckung baut ihr dem GAK dann Weinzödl gescheit aus. Für die zweite Liga hätte es funktioniert mit 3.000 Zuseherinnen und Zuseher, aber du weißt gleich wie ich, dass für die erste Liga braucht man 5.000 Ränge und mehr und da gibt es da oben keinen Platz. Deswegen ist dieser Vorschlag einfach nicht umsetzbar. Jetzt haben wir mit dem Christian Jauck besprochen, wenn es eine Vision gibt, dann soll Sturm mit einem Konzept kommen, mit einem Ort, wo so ein Sturmstadion entstehen könnte und auch mit einem Finanzierungsplan, dann können wir weiterreden. Aber einen Stadiongipfel ohne Fakten, ohne dass Sturm wirklich hard facts hat, sehe ich sinnbefreit, wir werden

wahrscheinlich trotzdem einen Stadiongipfel haben, weil eine Tageszeitung gerade einen Stadiongipfel organisiert, ich werde auch gerne teilnehmen. Ich bin froh, dass der Toni Lang dann auch mit dabei ist, weil der ist unter euch Sozialdemokraten wirklich ein Realist und dann werden wir darüber diskutieren. Aber noch einmal, wir haben keiner Zwei-Stadien-Variante eine Absage erteilt, das habt ihr hineininterpretiert, um die Fans im Wahlkampf gegen uns zu instrumentalisieren und das ist aus meiner Sicht nicht sportlich und so ist das. Genau mit einer sachlichen Diskussion werden wir auf Augenhöhe mit Respekt diese Diskussion mit den zwei Traditionsvereinen weiterführen und damit ist meine Wortmeldung beendet.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (14.55 Uhr).

GR. Dreisiebner:

Vielen Dank, auch von unserer Fraktion her wird diese Dringlichkeit des Jetzt-entscheiden-Müssens so nicht gesehen. Ich will jetzt nicht unbedingt alles wiederholen, was der Kurt Hohensinner gesagt hat, ich teile auch nicht alles, was der Kurt Hohensinner gesagt hat, aber wichtig ist mir, dass es kein absolutes und für immer gültiges, aus heutiger Sicht für immer gültiges Ende einer solche Diskussion gibt. Es ist schon etwas, was hier wichtig war zu klären. Das ist in der Öffentlichkeit vielleicht auch ein Stück weit anders angekommen, warum auch immer. Eines möchte ich uns selbst schon auch noch fragen: „Was ist uns denn wichtig?“ Nur weil jetzt gerade dieses Thema ansteht, geht es um Sturm und GAK. Um die geht es eh oft und viel und das ist auch wichtig und richtig, aber wir brauchen auch sehr viel Geld für die Jugend- und Randsportarten. Für Dinge, die in diesem Bereich in einer Stadt entscheiden, wie gesund, wie sportlich etc. junge Menschen sein werden, wenn sie dann einmal erwachsen sind. Und dass es eben sehr viele Sportarten gibt, die weit außerhalb des

Scheinwerfers stehen, wo jetzt der GAK zunehmend, Gott sei Dank, reinkommt und wo Sturm sehr weit drin ist. Reden wir einfach in zwei bis drei Jahren weiter und dann werden wir nicht nur etwas herstellen und über das Grundstück reden müssen, wir werden auch über eine Menge von Betriebskosten und Infrastruktur dazu reden müssen. So schnell geht es nicht, lieber Kollege Haßler. Das mit dem Wahlkampf hat jemand anderes gesagt, aber dem entgegne ich jetzt nicht.

GR. Frölich:

Ich muss mich da einmischen als stolzer Vater eines Landesligakickers. Nicht in Graz, sondern in Frauental. Seit mein Kind so klein war, fahr ich in der ganzen Steiermark herum mit den Kickenden und hab das auch ein wenig beobachtet. Ich glaube, wir tun den vielen Grazer Fußballvereinen, ich glaub es sind 15 an der Zahl, ein wenig Unrecht, wenn wir von zwei Grazer Stadtklubs sprechen. Ich habe mich aber deswegen gemeldet, weil ich sehr stolz darauf bin und weil ich mich gefreut habe, wie ich vernommen habe, dass sich der GAK sich die Ziffern angesehen hat und letztlich gesagt hat, das wollen wir uns nicht leisten. Und wer den Wiederaufstieg des GAK beobachtet hat, hat in den vergangenen Jahren auch sehr gut beobachten können, dass der GAK genau diesen Fehler nicht gemacht hat, der sehr oft und vor allem von Spitzenvereinen auch passiert, dass er sich finanziell maßlos übernimmt. Geld und Fußball, das ist einmal eine sehr komplizierte Angelegenheit. Der GAK hat sich nicht übernommen und hat wohl auch wissend, dass irgendwann einmal Ende der Fahnenstange ist, ob man nächstes Jahr in der Bundesliga spielt oder nicht, daran kann man glauben, aber jedenfalls haben die gesagt, nein, das wollen wir uns so nicht leisten. Es ist tatsächlich so, dass die kleinen Vereine am Land es hier ein wenig leichter haben, weil der örtliche Kaufmann bis hin zum Gasthaus und die diversen Banken dort natürlich ihre Plakate aufhängen und ein wenig Geld zusammentragen. Das ist in der Stadt natürlich schwieriger. Der Franz Beckenbauer hat anlässlich eines Vortrages beim Steirischen Fußballverband gesagt, das hat mir der Thomas Rajakovics erzählt: „Wenn ich für den

FC Bayern um Steuergeld bitten würde, spucken mich die Leute am Marienplatz an.“ In Deutschland und in England gibt es Vereine, die bauen sich ihr Stadion, die haben das Geld und die machen das auch und die wissen auch, was ihnen das kostet, wenn sie es tun. Ich glaube, Sie sollten wirklich schauen, dass man im Bereich des Jugendsportes, und wir haben sehr tolle Jugendsportarbeit in den Fußballvereinen, aber auch bei den vielen anderen, über die wir heute nicht reden, ob das die Tischtennispieler, oder die Bodenturner sind, all diese Vereine, dass man hier auch noch ein Geld haben und nicht nur auf den Fußball und dessen Geld blicken. Ich freue mich, dass der GAK diese vernünftige Entscheidung getroffen hat, dass Liebenau nicht nur an 19 Tagen im Jahr Fußball bespielt wird, sondern hoffentlich an doppelt so vielen Tagen Fußball bespielt wird, denn es ist wirklich Luxus, wenn man sich so ein Stadion leistet. Die Kärntner können es sich leisten, dass sie einen Wald dort pflanzen, aber wir wollen dort Sport sehen und wir sehen dort mit zwei Vereinen genau doppelt so viele Spiele als mit einem Verein. WAC wird jetzt auch kommen, die Hartberger haben noch schnell ein Geld aufgetrieben und haben ihr Stadion fit gemacht für die Bundesliga, auch das war ja einmal ein Thema, ob Hartberg nicht nach Graz geht mit seinen Spielen; ist nichts daraus geworden, aber wir können da auch ein wenig auf unser Geld schauen, wenn dieses Stadion entsprechend genutzt wird, danke.

GR. Mag. Egger:

Nur zwei Anmerkungen. Ein Punkt, den ich jetzt gerade vom Gerald Haßler gelernt habe ist, dass da ein Fußballverein einer Stadt Millionen gibt. Das kenne ich bis jetzt noch eher umgekehrt, aber man soll ja nie auslernen und das Zweite, ich glaube mit einem Neubau vom Stadion bzw. über die Erfahrungen eines Stadionneubaues solltest du dich vielleicht einmal mit dem Kollegen Katzian unterhalten, der ja seines Zeichens Präsident der Wiener Austria ist, die, glaube ich, irgendwo so um 30 % die Kosten für den Stadion-Neubau überschritten haben und das war schon nicht ganz günstig geplant und ich glaube, dann wird sich wahrscheinlich euer wahlkampftechnisches

Geplänkel auch wieder relativieren und wir können in aller Ruhe wieder uns auf einen Standort konzentrieren, nämlich die Merkurarena, und versuchen, die noch weiter auszulasten, dementsprechend auch zu nutzen, weil dann ist uns auch als Stadt sehr gedient. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) abgelehnt.

Berichterstatter: GR. DI. Topf

9.34 Stk. 26) A 10/BD-085394/2019/0001 Präs.086468/2019/0001	Fachbeirat für Klimaschutz, Grundsatzbeschluss für die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Klimaschutz mit begleitendem Fachbeirat für Klimaschutz
---	---

Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf heute ein sehr wichtiges, sehr interessantes Stück berichten, das in beiden Ausschüssen gestern ja schon vorberaten wurde, nämlich im Ausschuss für Planung und im Umwelt-Ausschuss. Es geht um den Grundsatzbeschluss für die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Klimaschutz mit begleitendem Fachbeirat für Klimaschutz. Die Ausgangsposition, so glaube ich, kann ich in einigen Sätzen zusammenfassen. Klimawandel findet statt, keine Frage. Die Folgen des Klimawandels sind eine globale Erwärmung, die auch bereits in Graz messbar ist. Seit 2001 konnte eine Erhöhung der durchschnittlichen Temperatur um etwa 1,4 Grad

Celsius verzeichnet werden. Ebenso steigt die Anzahl der Tropentage und der Tropennächte, auch heuer wieder sehr markant spürbar. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser und Trockenperioden können auf diesen Anstieg zurückgeführt werden. Auch das haben wir 2016 hautnah in Graz erlebt. Im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt Graz für die nächsten Generationen sollen Maßnahmen gesetzt werden, um den Klimawandel bestmöglich zu begegnen und lokal entgegenzuwirken. Wir haben seinerzeit im Jahr 2018, im November, den Aktionsplan zur Klimawandelanpassung beschlossen. Mit der Koordination unter Umsetzung des Aktionsplanes wurde federführend die Stadtbaudirektion beauftragt. Nun soll in diesem Bereich mit den heute schon angesprochenen 30 Mio. eben ein Klimaschutzfonds errichtet werden bzw. eingerichtet werden und ein Fachbeirat für Klimaschutz sollte sozusagen diese Projekte und Maßnahmen, die aus allen möglichen „Bereichen“ auch hier eingebracht werden können, beraten und die entsprechenden Beschlussfassungen treffen.

Der Fachbeirat für Klimaschutz ist ein Gremium aus externen Expertinnen und Experten aus dem Wissenschaftsbereich, dem Forschungsbereich zum Thema Klima, Umwelt, Energie, also sehr viele Bereiche, die hier miteingefasst werden sollten, insbesondere natürlich auch die Landschafts- und die Raumplanung und die Planung überhaupt im städtischen Bereich. Hier gibt es ja doch einige Bereiche, die hier im Detail angesprochen werden. Die Auswahl und Bestellung der Mitglieder erfolgt von der Stadtbaudirektion in Abstimmung mit den zuständigen Stadtsenatsreferenten. Der Fachbeirat für Klimaschutz berät das Haus Graz bei der Auswahl und Umsetzung von Projekten zur Klimawandelanpassung und des Klimaschutzes. Der Tätigkeitsbericht des Fachbeirates, und das möchte ich jetzt besonders betonen, weil da gestern schon über Personen gesprochen wurde, wird eine Geschäftsordnung von der geschäftsführenden Stelle in der Stadtbaudirektion ausgearbeitet. Die Geschäftsordnung wird natürlich dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Die geschäftsführende Stelle soll hier im Bereich der Stadtbaudirektion eingerichtet werden. Die Koordination und Organisation des Fachbeirates für Klimaschutz, die Verwaltung der Budgetmittel aus

dem Klimaschutzfonds, sowie die operative Kontrolle der Umsetzung der Projekte erfolgt über eine geschäftsführende Stelle, die innerhalb der Stadtbaudirektion eingerichtet wird. Die geschäftsführende Stelle hat dann bestimmte Aufgaben, die dann im Detail natürlich auch in einer noch auszuarbeitenden Geschäftsordnung festgelegt werden. Wir haben natürlich gestern im Ausschuss darüber diskutiert, wie werden die entsprechenden Mitglieder dieses Gremiums bestellt? Es ist auch ein Thema aufgetaucht, wie sieht es aus mit Aufwandsentschädigung, gibt es hier schon Vorstellungen? Aber ich denke, dass man bei diesem Stück tatsächlich die positive Energie dieses Stückes, nämlich wirklich etwas für den Klimaschutz jetzt konkret zu leisten mit den zur Verfügung stehenden Geldmittel von etwa 30 Mio., diese positive Energie sollte man eigentlich mitnehmen und nicht vielleicht den einen oder andern Beistrich hier entsprechend kritisieren. Ich denke, dass wir alle Interessierten hier miteinbinden müssen. Ich war gerade am Montag bei einer sehr interessanten Pressekonferenz. Diese Initiative Mobilität und Verkehr in Transformationen, ein hoch interessantes Gremium, das sehr ambitioniert Vorstellungen miteinbringen will und ich glaube, der eine oder der andere oder die Klubs sind ja inzwischen von diesen Vorstellungen aus diesem Bereich, im Hinblick auch auf Klimaschutzmaßnahmen, informiert worden.

Aufgrund des vorstehenden Berichtes stellt der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehr- und Grünraumplanung den Antrag:

1. Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt.
2. Als übergeordnete koordinierende Stelle zur Umsetzung nachhaltiger Klimaschutzprojekte wird in der Stadtbaudirektion ein(e) Klimaschutzbeauftragte(r) bestellt.
3. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, eine Geschäftsführende Stelle (GFS) für den Fachbeirat für Klimaschutz zu installieren. Diese GFS koordiniert die Bewilligung und kontrolliert die Umsetzung der Klimaschutzprojekte der Stadt Graz, die über den Klimaschutzfonds mit 30 Mio. ausgestattet finanziert werden.

4. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, eine Geschäftsordnung, die habe ich vorher schon angesprochen, für den Fachbeirat für Klimaschutz zu erstellen und dem Gemeinderat, ganz wichtig, zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die geschäftsführende Stelle in der Stadtbaudirektion wird mit der Verwaltung eines Klimaschutzfonds und dem operativen Controlling der damit verbundenen Mittelverwendung beauftragt.
6. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, in Abstimmung mit der Finanzdirektion, ein Finanzstück für die Bedeckung des Klimaschutzfonds über € 30 Mio. Euro zu erstellen und in der Sitzung des Gemeinderates im Oktober 2019, also in der nächsten Sitzung, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wie gesagt, ich versuche noch einmal, ambitioniert hier die positive Energie dieses Stückes, den positiven Ansatz in diese Richtung hier zu betonen und ich ersuche um einstimmige oder mehrheitliche Annahme, vielleicht gibt es sogar eine Zustimmung aus allen Fraktionen. Ich danke fürs Zuhören.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt.
2. Als übergeordnete koordinierende Stelle zur Umsetzung nachhaltiger Klimaschutzprojekte wird in der Stadtbaudirektion ein(e) Klimaschutzbeauftragte(r) bestellt.
3. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, eine Geschäftsführende Stelle (GFS) für den Fachbeirat für Klimaschutz zu installieren. Diese GFS koordiniert die Bewilligung und kontrolliert die Umsetzung der Klimaschutzprojekte der Stadt Graz, die über den Klimaschutzfonds finanziert werden.
4. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für den Fachbeirat für Klimaschutz zu erstellen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

5. Die geschäftsführende Stelle in der Stadtbaudirektion wird mit der Verwaltung eines Klimaschutzfonds und dem operativen Controlling der damit verbundenen Mittelverwendung beauftragt.
6. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, in Abstimmung mit der Finanzdirektion, ein Finanzstück für die Bedeckung des Klimaschutzfonds über € 30 Mio. Euro zu erstellen und in der Sitzung des Gemeinderates im Oktober 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich greife gleich die positive Energie auf, Herr Gemeinderat Topf, und nehme sie gerne mit. Ich begrüße nämlich ausdrücklich den Sinneswandel, der offensichtlich über den Sommer erfolgt ist, weil alle Diskussionen zum Klima vor dem Sommer haben sich doch anders gestaltet, als es uns jetzt präsentiert wird. Ich bedauere auch gleichzeitig, dass jetzt, obwohl das sehr groß angekündigt war, die neue Klimastrategie mit sehr viel Budget, dass der Herr Bürgermeister und sein Vize jetzt nicht die Zeit finden, um hier zu sein. Ich begrüße trotzdem das Bekenntnis zum Klimawandel und begrüße auch und gehe davon aus, dass dieses Bekenntnis auch ein menschengemachter Klimawandel ist, aber wenn man an die Umfrage denkt, die gleichzeitig über die Stadt Graz erfolgt ist und noch immer abgefragt wird, ob es eine Meinung ist, der Klimawandel, ob man der Meinung ist, dass er menschengemacht ist oder nicht, dann ist das schon ein wenig bedenklich, weil das ist längst wissenschaftlich verbrieft und bewiesen und ich gehe davon aus, dass auch die FPÖ mittlerweile das erkennt. Zumindest aufgrund dessen, was jetzt vorliegt mit diesem Stück. Also ich begrüße das, ich finde auch, dass es ein übergeordnetes Thema ist, das alle Ressorts der Stadt betrifft, nicht nur das Umweltressort, sondern auch die Stadtplanung, es soll in der Stadtbaudirektion sein, es ist nur wichtig, dass alle Ressort künftig, auch die Verkehrsplanung, du hast es auch erwähnt, auch die Mobilität, miteinbezogen werden. Stichwort Mobilität, das ist auch bedenklich meinerseits, dass in dieser Umfrage das Auto in keiner Weise vorkommt,

weil das Auto ist großer Verursacher der Klimakrise und des Klimas, das wir haben. Das ist ein kleiner Minuspunkt. Der Herr Bürgermeister hat auch das Klimavolksbegehren unterschrieben, auch eine gute Sache, obwohl sich die ÖVP da nicht ganz einig ist, wenn man den Landtag gestern verfolgt hat, denn da gibt es die ein oder andere Uneinigkeit noch, aber immerhin, der Herr Bürgermeister hat es unterschrieben. Ich nehme das als Bekenntnis, nämlich nicht nur im Bund etwas zu verändern, sondern auf allen politischen Ebenen: Bund, Land und in der Stadt. Die Städte sind wesentliche Verursacher des Klimawandels und müssen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass wir das Schlimmste abwenden. In den letzten Jahren, im letzten halben Jahr oder bevor ich gekommen bin, habe ich es ja nur so erlebt, dass das Klima oder das Klima-Thema wie eine heiße Kartoffel hin- und hergereicht wird. Die Klimawandelanpassungsstrategie, kurz Aktionsplan 2022, ist ja dann schlussendlich in der Stadtbaudirektion gelandet und liegt dort leider seit dem ab, unaufgearbeiteterweise. Ich gehe davon aus, dass diese künftige Geschäftsführende Stelle diese Klimawandelanpassungsstrategie, diesen Aktionsplan auch gut koordiniert über alle Ressorts hinweg. Eigenartig finde ich, und das muss ich schon sagen, die Vorgangsweise. Nämlich keine Abstimmung weder auf politischer Ebene, ok, das ist das eine, das ist das Politikum, aber auch nicht auf fachlicher Ebene. Das finde ich viel bedenklicher und als eine gewisse Missachtung der vielen Expertisen, die wir in den Ämtern haben, respektive im Umweltamt. Die haben einen Stadtklimatologen im Umweltamt sitzen, die waren alle nicht eingebunden; hätte man sie eingebunden, dann hätte man nicht in der PK, in der Pressekonferenz vom Bürgermeister und Vize, ankündigen müssen, dass man einen Kataster anlegen will über die Möglichkeiten von Photovoltaikanlagen auf den stadt eigenen Dächern, das gibt es nämlich bereits seit sieben Jahren und wurde vom Umweltamt für die Energie Graz erstellt. Wenn man da rechtzeitig die Experten einbezogen hätte, dann müsste man sich Ankündigungen ersparen und könnte auf die Expertise zurückgreifen. Das finde ich ärgerlich. Auch in der Feuerwehrwache liegt ein fertiges Photovoltaikkonzept vor, das heißt, es geht jetzt ans Tun und Umsetzen und wir als Grüne nehmen das ganz ernst. Wir nehmen das

Vorhaben ernst, obwohl, ich möchte darauf hinweisen, normalerweise Projekte anders entwickelt werden. Man hat ein Vorhaben und eine Idee, man setzt Maßnahmen und Ziele und entwickelt dann ein Budget. Ok, Sie haben es jetzt umgekehrt gemacht. Sie haben einmal das Budget und entwickeln langsam die Maßnahmen. Ich reiche gerne die Ziele nach. Die Ziele sind nämlich zwei ganz wesentliche: Das eine, was wir als Stadt Graz zur Klimaneutralität, also zur Erreichung der Pariser Ziele, beizutragen haben, damit wir bei diesen 1,5 % bleiben. Das ist ein ganz wichtiges Ziel. In Graz sind wir, wenn wir so weitermachen, ist unser Treibhausbudget in 10 Jahren erschöpft, das reicht nicht bis 2030, das heißt, wir müssen dringend Maßnahmen setzen. In der Fernwärme, Solarenergie ist viel passiert, in der Energieeffizienz von Gebäuden, noch viel zuwenig in klimaschonender Mobilität, da wird es nachzubessern sein. Du hast die Pressekonferenz von Move it erwähnt, mit Mobilitätskonzept, da ist viel zu tun in der Stadt Graz und da sollte man hinschauen. Das Zweite ist die Klimawandelanpassung. Es gibt einen Aktionsplan, ich gehe davon aus, dass der jetzt Stück für Stück, Punkt für Punkt abgearbeitet wird über alle Ressorts, wir beteiligen uns gerne daran, wie gesagt. Wir haben auch eine Idee eingebracht, die 17 Meilen, für jeden Bezirk eine Meile, das wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen, wir bekommen ganz viele positive Zuschriften und in zwei Bezirken gab es auch schon einstimmige Bezirksratsbeschlüsse, in Andritz und in Jakomini, das umzusetzen. Ich bitte Sie also alle, dass wir gemeinsam im Sinne des Klimas daran arbeiten, es umzusetzen. Es war jetzt ein wenig länger, aber es ist mir wichtig, wie Sie sehen (*Appl.*).

StR. Hohensinner:

Also meine Bitte ist, weil jeder hat wichtige, eigene Anliegen, dass man trotzdem auf das Zeitbudget achtet. Jetzt bitte hat sich zu Wort gemeldet Frau Gemeinderätin Christine Braunersreuther.

Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleginnen, besonders sehr geehrter Herr Topf. Ich möchte auch das mit dem positiven Ansatz aufgreifen, will das aber ändern, weil ich finde das Positivste an dem Stück ist der Anfang, nämlich dieser Satz: „Klimawandel findet statt.“ Finde ich schon einmal gut und hoffe, dass das tatsächlich so ist, dass das wirklich bei allen angekommen ist, dass der Klimawandel eine Tatsache ist. Wie Judith Schwentner schon gesagt hat, das muss man eigentlich nicht in einer Umfrage noch abfragen. Es ist keine Meinung, sondern eine erwiesene Tatsache.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist Meinungsfreiheit.

Braunersreuther:

Durchaus. Wir haben beim ursprünglichen Stück zum Aktionsplan zur Klimawandelanpassung schon kritisiert, dass dieser Plan, der ja wirklich sehr gut, umfangreich und auch zukunftsweisend ist unserer Meinung nach, der wurde vom Umweltamt in Zusammenarbeit mit den städtischen Fachabteilungen erarbeitet. Deshalb erschien es uns schon damals nicht ganz logisch, weshalb er von einer anderen Stelle umgesetzt werden soll. Es heißt aber nicht, dass das Umweltamt federführend bestimmend ist, sondern dass das eigentlich genau in der gleichen Konstellation erfolgen soll, dass alle Ämter einfach ihre Prioritäten nennen und einbringen können und dass dann eben konkrete Ansätze entwickelt werden, wie das möglich ist und vor allen Dingen, dass Fachleute dahinter stehen, die zum jeweiligen Thema sich sehr gut auskennen. Deswegen werden wir diesen Antrag heute abändern. Ich werde jetzt nicht jeden Punkt vorlesen, sondern ich kann in Kürze sagen, dass wir einfach gerne wollen, dass in jedem Punkt, in dem die Stadtbaudirektion genannt ist, auch für die Einrichtung der Koordinationsstelle, das Umweltamt stattdessen genannt werden soll, weil wir finden, dass dort diese Koordinationsstelle besser aufgehoben ist, denn die

Koordination für diesen Plan hat dort auch schon sehr gut funktioniert, warum soll es da nicht da sein? Außerdem hat uns nicht gefallen, dass dieser Fachbeirat in Abstimmung mit den zuständigen Stadtsenatsreferenten erstellt werden soll. Dieser Fachbeirat ist bei einer so großen Summe, die vergeben wird, zu wichtig, um politisch geprägt zu sein. Das sollen eigentlich kein Stadtsenatsreferent, oder das haben Sie übrigens vergessen zu gendern, weil auch das könnte sich ja beim Grundsatzstück noch ändern, es könnte ja auch einmal eine Referentin werden. Es sollte nicht politisch mitgeredet werden, das Thema ist zu wichtig, um wieder ausschließlich von der Politik gesteuert, behandelt zu werden, sondern das gehört in die Hände von ExpertInnen, die schon seit langer Zeit darauf hinweisen, dass dieser Klimawandel stattfindet und das etwas dagegen getan wird. Deswegen haben wir bei unserem Abänderungsantrag noch zwei Punkte hinzugefügt. Der letzte davon ist, darauf zu achten, dass diesem Fachbeirat auch ausgewiesene ÖkologInnen und KlimaspezialistInnen angehören, was derzeit bei der Zusammensetzung, die man auf der Web-Seite der Stadt Graz erfahren kann nämlich nicht der Fall. Einen weiteren Punkt, der lautet: Dem Fachbeirat gehören politische VertreterInnen aller Fraktionen an, aber eben nicht, um hier politisch mitzumischen, sondern es geht hier um die Informationspolitik, die gefahren wird. Wir wollen damit sicherstellen, dass alle Fraktionen auf dem gleichen Stand über die Umsetzung dieses Klimaschutzplanes sind und über die Entscheidungen des Fachbeirates informiert werden, weil es immerhin um eine ganze Menge Geld geht.

Originaltext des Abänderungsantrages:

In Punkt 1 ist das Umweltamt als Stelle genannt, die in Zusammenarbeit mit städtischen Fachabteilungen den Aktionsplan zur Klimawandelanpassung 2018-2022 erstellt hat. Daher sollte die Koordinationsstelle zur Umsetzung dieses Planes ebenfalls beim Umweltamt angesiedelt sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

In Punkt 2 ist zu ändern:

„Die Auswahl und Bestellung der Mitglieder erfolgt von der Stadtbaudirektion in Abstimmung mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten.“

In:

„Die Auswahl und Bestellung der Mitglieder erfolgt durch das Umweltamt in Abstimmung mit dem/r zuständigen StadtsenatsreferentIn.“

In Punkt 3. ist zu ändern:

„In der Stadtbaudirektion wird eine geschäftsführende Stelle (kGFS) für die Administration des Fachbeirates für Klimaschutz eingerichtet. Die Koordination und Organisation des Fachbeirates für Klimaschutz, die Verwaltung der Budgetmittel aus dem Klimaschutzfonds sowie die operative Kontrolle der Umsetzung der Projekte erfolgt über eine geschäftsführende Stelle, die innerhalb der Stadtbaudirektion eingerichtet wird.“

In:

„Im Umweltamt wird eine geschäftsführende Stelle (kGFS) für die Administration des Fachbeirates für Klimaschutz eingerichtet. Die Koordination und Organisation des Fachbeirates für Klimaschutz, die Verwaltung der Budgetmittel aus dem Klimaschutzfonds sowie die operative Kontrolle der Umsetzung der Projekte erfolgt über eine Geschäftsführende Stelle, die innerhalb des Umweltamtes eingerichtet wird.“

Der Antragstext ist daher entsprechend zu adaptieren bzw. zu ergänzen:

2. Als übergeordnete koordinierende Stelle zur Umsetzung nachhaltiger Klimaschutzprojekte wird im Umweltamt ein/e Klimaschutzbeauftragte/r bestellt.

3. Das Umweltamt wird beauftragt...

4. Das Umweltamt wird beauftragt...

5. Die geschäftsführende Stelle beim Umweltamt wird...

6. Das Umweltamt wird beauftragt...

7. Dem Fachbeirat gehören politische VertreterInnen aller Fraktionen an.

8. Es ist darauf zu achten, dass dem Fachbeirat ausgewiesene ÖkologInnen und KlimaspezialistInnen angehören.

Hohensinner:

Danke, bevor ich unserem Klubobmann der Freiheitlichen Partei das Wort erteilen möchte, begrüße ich den ehemaligen Langzeitbezirksvorsteher Franz Schwarzl auf der Galerie. Jetzt bitte, Herr Klubobmann.

GR. Mag. Sippel:

Hoher Gemeinderat, im Gegensatz zu Ihnen, Frau Stadträtin, akzeptieren wir andere Meinungen. Selbst in dieser Frage. Ich glaube, der erhobene Zeigefinger, der bringt uns in dieser Debatte mit Sicherheit nicht weiter, da geht es um Überzeugungsarbeit, da geht es um Bewusstseinsänderung, da geht es um Verhaltensänderungen, die man durch Anreize herbeiführt und nicht um Verbots- oder Zwangspolitik. Ich glaube, mit dieser Verschiebung des Plabutsch-Projektes und diesen 30 Mio., die wir jetzt für Klimaschutz, für Umweltschutz, für Nachhaltigkeitsmaßnahmen freimachen, machen wir einen tollen Schritt. Da sind wir Vorreiter mit einem Schlag, nicht nur in Österreich,

sondern auch darüber hinaus. Ich sage einmal auch dazu, dass die Absage, dass diese Verschiebung keine Absage des Plabutsch-Projektes ist. Das muss man ja auch einmal durchdenken, auch ein Umweltschutzprojekt und ein Klimaschutzprojekt. Warum ist es das? Jede vierte motorisierte Fahrt, die wir heute unter der Woche tätigen, ist eine sogenannte Freizeitfahrt. Das sind diese berühmten Fahrten zum Wandern, zur Oma oder sonst irgendwohin. Am Wochenende fast ausschließlich Freizeitfahrten. Das heißt, wenn wir Naherholungsangebote in unmittelbarem Gebiet von Graz schaffen, sparen wir uns diese Freizeitfahrten zu einem großen Ausmaß und das ist natürlich dann auch indirekt ein Beitrag zum Klimaschutz und so einfach kann man es sich nicht einfach immer machen. Ich habe vorher gesagt, Bewusstsein schaffen, genau um diesen Ansatz geht es und der ist eben in diesem, wie es der Georg Topf gesagt hat, von positiver Energie getragenen Stück auch wirklich zu spüren. Wir müssen ansetzen bei der Ernährung, das ist ja genau das Thema Nachhaltigkeit, Regionalität, Saisonalität, aber das wird nicht mit Schnitzelsteuer oder sonstigen Dingen passieren, sondern das wird dadurch passieren, dass man ins Bewusstsein der Menschen eindringen und sagen, schaut's, das ist gut für Umwelt, das ist auch gut für die Gesundheit, wenn ihr entsprechend euer Verhalten auch anpasst. Das Gleiche mit der Kleidung. Textilien, das ist ja überhaupt einer der größten Klimasünder auf dieser ganzen Welt. Wenn man sich ansieht diese ganzen Chemikalien, die langen Transportwege, Mikroplastik, Wasser, das dazu aufgewendet werden muss. In Wirklichkeit sind das auch Dinge, wo man Bewusstsein erreichen muss und hier beitragen kann, dass man hier auch Verhalten ändert. Dann geht es natürlich auch um Mobilitätsverhalten, die sanft, aber doch geändert werden können. Aber eben keine Zwangs- und Verbotspolitik. Es bringt nichts, autofreie Tage zu verordnen, wo man Pendler beispielsweise trifft oder alleinerziehende Mütter, die aufs Auto angewiesen sind. Es nutzt nichts, mit einer Co2-Steuer daher zu kommen, die Pläne gibt es ja jetzt auch von Grün und Neos. Das würde bedeuten Co2-Steuern nach schwedischem Modell, so wie es die Grünen fordern, dass mit einem Schlag jeder Liter Diesel und Benzin um 30 bis 40 Cent teurer wird. Ich weiß schon, da gibt es Modelle, dass man das

irgendwie gegenrechnet, es ändert aber nichts daran, dass der Pendler das einmal an einer Zapfsäule zu zahlen hat und im Hinterkopf natürlich die Gelbwestenproteste in Frankreich, das wollen wir nicht. Das heißt, hier keine Verbotspolitik, keine Zwangspolitik, sondern Bewusstseinsänderungen. Ich glaube, das muss der richtige Weg sein und von diesem Geist, diesem positiven Geist ist dieses Stück getragen. Was mich auch noch freud abschließend ist, dass dieser Klimafonds die Chance bietet, dass eben auch die Innovation, die in Graz zuhause ist, gefördert wird und ich hoffe schon, dass hier auch Projekte bedacht werden und zum Tragen kommen, die aus Graz heraus erfunden, vorbereitet wurden. Auf der TU gibt es da einige tolle Projekte. Ich habe mir da auch ein paar Sachen angesehen. Wir haben einige Startups in diesem Bereich und das heißt, bitte schauen wir, dass die auch hier bedacht werden. Das ist sozusagen schon auch eine Empfehlung an den Fachbeirat, hier wirklich den Grazer Bezug gelten zu lassen, denn dann wird Graz wirklich zu einer Innovationsstadt und ich finde es schade, dass jetzt hier versucht wird von den Grünen und den Kommunisten, ein wenig das Haar in der Suppe zu suchen, das war ein ein wenig verzweifelter Versuch davor auch, indem man z.B. sagt, es ist ungewohnt, dass ein Budget vorher da ist. Ich finde, das ist der richtige Weg, vorher ein Budget zu haben und dann das Geld auszugeben und nicht umgekehrt. Das ist an und für sich, das geht nicht immer, das weiß ich, aber das wäre an und für sich der richtige Weg. Das heißt, alle zusammenarbeiten, ein tolles Stück, Innovation, einzigartig in Österreich, ich hätte fast gesagt, Schwarz-Blau macht es möglich.

GR. Dreisiebner:

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Mitglieder auf der Stadtregierungsbank, lieber Armin Sippel. Ich war jetzt fast schon so weit, dass ich dieses Wir, das du in deiner Rede doch ein, zwei Mal verwendet hast, als ein Wir verstehen hätte können und wollen, das den gesamten Gemeinderat, die gesamte Stadtregierung und wahrscheinlich auch die gesamte Stadt Graz betrifft. Am Ende hast

du das wieder reduziert auf eure Koalition. Das Wichtige für uns ist aber eben genau der Ansatz, wir stehen vor einem sehr, sehr großen Problem. Gegenstimmen sind zulässig, allerdings glaube ich, man sollte irgendwann einmal die Übereinkunft finden, wenn 99 % aller wissenschaftlichen Studien auf den menschengemachten Klimawandel hinweisen, dann kann man zwar sagen, ok, ich glaube das nicht, aber irgendwann sollte man auf einer faktenbasierten Ebene auch darüber diskutieren, so viel zu dem ganzen Thema.

Ich habe aus deiner Rede, Armin, und wir sind ja nicht so kritisch, du wirst das schon noch feststellen, so grundablehnend kritisch, sondern wir sind konstruktiv kritisch. Aus deiner Rede heraus habe ich eine ganz gute Bestärkung gefunden für einen Punkt in unserem Zusatzantrag und gleichzeitig für die Ablehnung dessen, was die Kollegin Braunersreuther fordert, nämlich in dem Fachbeirat Parteipolitik einzubinden. Das würde uns nicht wirklich sehr gut weiterbringen und helfen. Wir haben die Kultur der Fachbeiräte auch schon in anderen Bereichen und dort sind auch keine parteipolitischen Vertreterinnen und Vertreter drinnen, dafür gibt es die Gemeinderatsausschüsse bzw. den Gemeinderat selbst und selbstverständlich die Stadtregierung. Politisch soll dieser Beirat sein, selbstverständlich, und er soll fachlich über alle relevanten Ausbildungsgänge und Expertiseflächen besetzt sein, die notwendig sind und wir haben auch mittlerweile erfahren, dass die Namen, die auf der Webseite stehen, nicht dem endgültigen Zustand des Beirates entsprechen sollen, das sind beispielhafte Namen. Jetzt kann man über Glück oder Unglück solcher Namensnennungen natürlich auch noch diskutieren. Wir sehen bei aller Skepsis, wenn man sich Armin Sippel in Erinnerung ruft oder wenn man sich halt andere Entscheidungen der Koalition in Erinnerung ruft bis hin zu der alleinigen Präsentation des Schwerpunktes 30 Mio. Klimafonds, sehen die Chance, dass man jetzt das größte Problem der heutigen Tage und der Zukunft, der näheren Zukunft für die Menschen, für die Menschen in Graz, für die Jugend in Graz, weil die sind die, die am längsten dann mit den Folgen leben müssen oder kämpfen müssen. Wir sehen diese Chance als etwas ganz Großes und deswegen werden wir diesem Stück einerseits zustimmen,

kritisch hinsehen, wie sich das weiter entwickelt, wachsam glauben, hat es einmal geheißen in dem Saal. Auch in diesem Fall könnte das gelten und wir werden uns nicht darüber streiten, welches Stadtdressort und welches Amt und welche Behörde die Zuständigkeit oder die Hauptzuständigkeit und die zentrale Anlaufstelle sein soll. Wir finden, wenn man das als Chefsache in der Agenda vom Herrn Bürgermeister aufgrund der Aufgabenverteilung betrachtet, nicht als ungeschickt, wenn dann gut über die gesamte Stadtregierung und über alle Abteilungen zusammengearbeitet wird, dann ist das in Ordnung. Unter der Stadtbaudirektion stehen sehr viele Abteilungen einerseits, andererseits die Kommunikation zum Haus Graz, etwa die Betriebe in der Holding, aber natürlich auch zum Verkehr. Es ist auch relevant, was in Bildung und Gesundheit passieren wird. Wie gesagt, wir sehen das als eine Chance. Wir müssen das über die Parteigrenzen hinweg angehen und wir hoffen, dass wir hier eine gute Zusammenarbeit finden, die Schwarz und Blau und alle anderen mit hineinnimmt. Aber, wir wollen und werden auch noch einen Zusatzantrag stellen. Der Zusatzantrag befasst sich damit, dass wir eine dementsprechende gute Einbindung zu dieser Person Klimaschutzbeauftragter erreichen.

Das wäre der Punkt 7, der ist für die Abstimmung, Kommunikation und Koordination mit allen Ämtern, allen Abteilungen und Beteiligungen im Haus Graz sowie mit den Stadtregierungsmitgliedern zuständig.

8) Die/der Klimaschutzbeauftragte Person steht uns als Gemeinderat, den zu befassenden Ausschüssen, die fachlich damit zu tun haben, sowie der gesamten Stadtregierung als inhaltliche Anlaufstelle einerseits und Auskunftsperson zur Verfügung.

9) Eine der Grundlagen für die Maßnahmen im Bereich der Klimawandelanpassung ist genau dieser im November 2018 im Gemeinderat beschlossene Aktionsplan zur Klimawandelanpassung, weil der umfasst sehr viele Bereiche, die zu erledigen sind, Judith Schwentner hat darauf hingewiesen, und bei der Besetzung schlussendlich des Fachbeirates für Klimaschutz wird auf Interdisziplinarität geachtet.

Ich bitte um Zustimmung auch zu diesem Zusatzantrag. Dankeschön.

Originaltext des Zusatzantrages:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 7) Die/der Klimaschutzbeauftragte ist für die Abstimmung, Kommunikation und Koordination mit allen zu befassenden Ämtern, Abteilungen und Beteiligungen im Haus Graz sowie den Stadtregierungsmitgliedern zuständig.*
- 8) Die/der Klimaschutzbeauftragte steht dem Gemeinderat, den befassten Ausschüssen sowie der gesamten Stadtregierung als inhaltliche Anlaufstelle und Auskunftsperson zur Verfügung.*
- 9) Eine der Grundlagen für Maßnahmen im Bereich der Klimawandelanpassung ist der im November 2018 im Gemeinderat beschlossene „Aktionsplan zur Klimawandelanpassung 2018 – 2022“.*
- 10) Bei der Besetzung des Fachbeirates für Klimaschutz wird auf Interdisziplinarität geachtet.*

GR. Swatek:

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich die eine oder andere Wortmeldung hier nicht ganz nachvollziehen kann und da ist natürlich der Armin natürlich ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht. Vor allem wenn du darüber redest, dass du Bewusstsein schaffen willst auch für den Klimawandel und gleichzeitig aber herausstreichst, dass du ja jedem auch seine Meinung lässt. Das finde ich, das macht ihr in der FPÖ einfach nicht, denn zum einen widersprecht ihr Leuten nicht, die ganz klar den Klimawandel leugnen, ihr sitzt meist daneben und nickt mit oder bestätigt es und zweitens weiß ich nicht, wie oft ich schon mit Parteikollegen von dir auf einer Podiumsdiskussion gesessen bin, wo ganz klar der Klimawandel geleugnet

wurde und sich jetzt hinzustellen und alles als freie Meinungsäußerung etc. darzustellen, ist halt sehr stark verkürzt, und der zweite Punkt, den ich noch herausstreichen möchte, ist deine Diskussion zu den 30 Mio. Euro. Dass es schon ein Budget gibt und dass es gut ist, ein Budget zu haben, aber um hier auch einmal bei den Fakten zu bleiben, ein Budget haben wir hier im Gemeinderat noch nicht beschlossen. Das heißt, es fehlen die 30 Mio. Euro und es fehlen auch nach wie vor die Projekte, mit denen ihr diesen Klimafonds auch füllen wollt. Das heißt, real betrachtet, stehen wir eigentlich bei Null und meine große Angst ist es, dass ihr einfach gerade einen Promo-Schmäh, einen PR-Schmäh abzieht, weil die Landtagswahlen kommen und wir halt irgendwann einmal im nächsten Winter da stehen und erst die Plabutschgondel da haben und vielleicht ein paar Millionen Euro noch für den Klimawandel ausgegeben haben. Wenn wir wirklich etwas tun wollen, beschließen wir den Fachbeirat, setzen die Expertinnen hinein und vor allem schauen wir, dass ihr auch klare Konzepte vorlegt, wofür ihr 30 Mio. ausgeben wollt. Wenn ihr das habt, dann können wir gemeinsam darauf stolz sein.

GRⁱⁿ **Ussner:**

Ich möchte im Rahmen von der Diskussion zum Klimawandel auch noch einmal auf ein zentrales Thema eingehen, nämlich Mobilität. Das ist ja, wie wir wissen, eines der drei Hauptthemen. Nicht, wie wir unsere Kleidung produzieren. Es hat schon massive Umwelteinflüsse auch, aber zum Klimawandel trägt es weniger bei als jetzt Mobilität, Fleischkonsum oder Energie...

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel:** Kleidung ist vor Ernährung.*

Ussner:

Es ist diese Woche die europäische Mobilitätswoche. Der Kollege Topf hat es schon erwähnt, am Montag hat eine neue Initiative bzw. ein Zusammenschluss von Initiativen eine Pressekonferenz gegründet, wo auch sehr treffend, finde ich, getitelt wurde von unterschiedlichen Zeitungen, dass die Bürger jetzt anfangen müssen, Politik zu machen in Sachen Mobilität. Was ich mir denke ist, es hilft nichts, wenn wir jetzt im Oktober diese 30 Mio. beschließen und in Sachen Mobilität aber keine grundlegende Veränderung in der Denkweise stattfindet oder kein Paradigmenwechsel, und was meine ich damit? Wenn wir jetzt z.B. um 20 Mio. dann trotzdem eine Unterführung in der Josef-Huber-Gasse bauen wollen, das klar ein klimaschädliches Projekt ist, klar noch weiter die Gesundheit der Bewohner und Bewohnerinnen im Gries gefährdet, dann können wir zwar 30 Mio. wieder in Klimaschutz stecken, aber es ist relativ sinnbefreit. Also in Sachen Mobilität brauchen wir jetzt einfach noch mehr als ein Budget, das wir bereitstellen. Was mir noch wichtig ist zu sagen, ist, der Radverkehr in Graz, weil er einfach einen irrsinnigen Nutzen hätte und ich zeige jetzt die tolle Grafik her, die ich mir geklaut habe am Montag von der Pressekonferenz, ich weiß nicht, ob man es sieht (*GRⁱⁿ Ussner hält ein Plakat hoch*). Ich weiß nicht, ob man es sieht, hier rechts sieht man das Radverkehrsnetz in Graz. Hier in der Mitte ist das Netz vom öffentlichen Verkehr und das ist das Netz vom Autoverkehr. Ich möchte jetzt auch auf dich antworten, lieber Lieblingskollege Armin Sippel ... (*Raunen in den Reihen des Gemeinderates*) ... Ich weiß, der nächste Heiratsantrag, gell.

Weil du gesagt hast, ja, es gehört eine generelle Bewusstseinsveränderung her. Ich weiß, dass die FPÖ jetzt nicht so up to date ist in Sachen Klimawandel, der Ansatz hätte vielleicht vor 30 Jahren funktioniert, nur jetzt brauchen wir eine Politik, die eben solche Probleme in die Hand nimmt. Du kannst den Leuten schon erzählen ...

*Zwischenruf GR. **Sippel:** Sprich es aus! Ausschluss aus der Stadt hinaus.*

Ussner:

Nein, Anreize schaffen, um ein anderes Verkehrsmittel zu wählen. Mit so einem Radverkehrsnetz wirst du keinen Anreiz schaffen, dass sich die Leute aufs Rad setzen. Das ist die Verantwortung der Politik und da gehört einfach auch eine unterschiedliche Denkweise her in Sachen Mobilität. Generell bin ich extrem froh, dass die ÖVP zur Einsicht gekommen ist, dass ein Veggieday allein nicht zur Bekämpfung des Klimawandels hilft, sondern dass wir etwas mehr brauchen und trotzdem finde ich auch das Timing sehr interessant. Aber jedenfalls werden wir da genau hinschauen, was dann auch konkret mit den 30 Mio. passiert, was auch schon der Kollege Swatek gesagt hat. Entweder man kann das in irgendwelche Greenwashing-Projekte investieren oder man kann richtigen Klimaschutz betreiben und ich freue mich über dieses Stück trotz jeglicher Kritik und hoffe, dass da etwas Gescheites daraus wird. Danke.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Danke, ich hätte gerne den zuständigen Stadtsenatsreferenten auch dazu gehört, den Herrn Bürgermeister. Und zwar aus folgendem Grund: Ich darf wieder im Umweltausschuss sein und für mich ist das back to the roots und das Klimathema ist ein Thema, das hatte ich schon in meiner Diplomarbeit. Das ist schon etwas länger her. Dort war gerade das Thema Nachhaltigkeit, Grundlagenbericht und da war der Grundkonsens, wir können nur zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen, wenn alle eingebunden werden, alle gewertschätzt werden und auch gehört werden. Dann habe ich das Stück erhalten, im Ausschuss war ich noch nicht, ist so, und dann habe ich mir gedacht, gut, welche Sprache spricht das Stück? Das Stück spricht die Sprache, eine Stelle bestimmt und der Rest soll akzeptieren. Da muss ich dir, Herr Sippel, eben auch widersprechen, das Zusammenarbeiten sieht ein wenig anders aus. Dann habe ich mich gefragt, wie kommen Projekte hinein? Auf der einen Seite ist ein Plan und für die Umsetzung brauchen wir noch einen Fachbeirat und eine eigene Stelle. Der Verkehr

wird ausgeblendet, ganz etwas Wichtiges. Wir dürfen uns hier im Gemeinderat mit einer Geschäftsordnung dann befassen und wir dürfen dann das Gesamtpaket zur Kenntnis nehmen. Ob das jetzt nur für die 30 Mio. ist oder vielleicht sollte man auch darüber hinausschauen, was über die 30 Mio. im Stadtbudgetklima relevant ist? Ich denke jetzt hier ein weiteres Feld, nicht nur die 30 Mio. werden in Graz das Klima retten, denn es werden vielleicht viele Investitionen sein, die Schutzbaumaßnahmen sind, um Schäden abzuhalten vor Gebäuden, vor Infrastruktur, das ist meiner Meinung nach nicht der Kern, sondern das ist etwas Notwendiges, aber der Kern geht weiter. Nämlich der Kern geht in Richtung Verhaltensänderungen hinsichtlich der politischen Entscheidungen, hier ist eine Verhaltensänderung notwendig hinsichtlich der privaten Entscheidung und auch der unternehmerischen Entscheidungen. Sonst werden wir dieses Problem nicht lösen können. Das Wichtigste, Klimamaßnahmen haben Verteilungswirkungen. Sie kosten etwas dem städtischen öffentlichen Budget, aber es wird auch eine Verteilungswirkung auf die Bürgerinnen und Bürger haben und ich denke, dass es hier schon notwendig ist, politisch mitzusprechen. Ich denke, diese Frage wäre sehr notwendig. Da kann man nicht sagen, gut, das Stück machen wir, wir machen einen Beirat, eine Geschäftsordnung und der Rest ist dann heile Welt, das ist es meiner Meinung nach nicht. Wir werden dem Stück zustimmen, aber es ist meiner Meinung nach sehr schlecht aufgesetzt, schräg aufgesetzt, steht nicht auf guten Beinen, deswegen werden wir es auch sehr kritisch begleiten.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, ich würde mir wirklich wünschen, dass wir auch bei so positiven Themen einmal sachlich sprechen können und nicht immer unter der Gürtellinie und persönliche Angriffe, wie wir es immer wieder vor allem von der Grünen Fraktion, hören. Ich möchte zum Niko Swatek sagen zum Klimawandel, den haben wir nie verleugnet. Was Einzelne bei uns immer wieder anmerken ist, dass wir nicht glauben, dass der Klimawandel rein durch Menschenhand passiert. Dass ein gewisser

Prozentsatz durch Menschenhand gemacht ist, das ist wissenschaftlich erwiesen, aber dass der Klimawandel jetzt rein durch den Menschen passiert, nein, so ist das gemeint. Dann zum Umweltamt, dass dort sehr viele Experten sitzen, das steht ja außer Frage. Aber die Stadtbaudirektion hat das eben über die Koordination zu leiten und dann die Experten aus den einzelnen Abteilungen zu koordinieren und alle reden irgendwie an dem vorbei, worum es jetzt geht. Wir machen mit diesem Stück jetzt ein Bekenntnis zu einem Klimaschutzfonds. Im Oktober, wenn die Mehrheit dafür ist, kommt es dann zum nötigen Geld, dann wird der Beirat eingesetzt, das steht dezidiert im Stück, mit externen Experten, da steht nichts von Parteipolitik, externe Experten und die Geschäftsführende Stelle wird heute noch beschlossen und dann kann jeder, jede Partei, jede Institution, jede Privatperson mit klimarelevanten Projekten an diesen Fachbeirat herantreten und dieser evaluiert dann die Sinnhaftigkeit dieser Projekte. Es wäre einfach schön, wenn wir uns alle darüber freuen könnten, dass jetzt 30 Mio., ich meine, das ist ja ein unglaubliches Budget, 30 Mio. für den Umweltschutz de facto in der Stadt Graz ausgegeben wird in Zukunft. (*Appl.*)

Hohensinner:

Da es keine Wortmeldung mehr gibt, bitte ich den Berichterstatter um sein Schlusswort.

Topf:

Ich möchte versuchen, so gut es geht, ein positives Schlusswort zu formulieren. Ich denke, dass wir im Aktionsplan, der ja beschlossen wurde, wo die Maßnahmen beschlossen wurden, der schon ein gutes Grundgerüst darstellt, hier die Maßnahmen in Richtung Zukunft zu setzen. Wir fangen nicht bei null an, das möchte ich schon ausdrücklich betonen, sondern wir haben tatsächlich einen Aktionsplan, der sehr große Bereiche abdeckt und wo wir aus diesem Aktionsplan mit Hilfe unseres Inputs aus

verschiedenen Bereichen, aus dem Gemeinderat, aus externen Expertinnen und Experten hier ein Maßnahmenpaket dann beschließen, das eben diesem Fachbeirat vorgelegt wird. Ich denke schon, dass man noch einmal betonen muss, dass hier das Maßnahmenpaket über viele Bereiche schon in diesem Aktionsplan zusammengefasst wurde. Das ist ja immerhin im November des Vorjahres, am 15. November, beschlossen worden. Damals hat es Diskussionen gegeben, das muss man ja offen zugeben. Eben die geschäftsführende Stelle in der Stadtbaudirektion anzusiedeln, das war die Änderung, alles andere ist ja eigentlich im November des Vorjahres mit einem durchaus sehr ambitionierten Aktionsplan beschlossen worden. Wenn jetzt andere Ideen eingebracht werden, vielleicht auch der eine oder andere Schwerpunkt, Mobilität ist hier angesprochen worden, gesetzt des Falles, dann soll das doch durchaus Platz haben. Es ist ja nicht so, dass wir uns auf bestimmte Bereiche beschränken und das andere ausschließen, sondern wenn es eine Schwerpunktsituation oder eine -Verschiebung gibt, dann kann das durchaus auch im Rahmen dieses Aktionsplanes stattfinden. Ich möchte also noch einmal positiv an euch appellieren, diesem Stück zuzustimmen. Ich denke, wenn wir gemeinschaftlich hier etwas weiterbringen wollen, dann soll das der erste Schritt sein. Danke.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gg. KPÖ und SPÖ) abgelehnt.

Das Stück wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.

Hohensinner:

Somit haben wir ein wichtiges Stück beschlossen, wir haben die Tagesordnung durch und wir kommen somit zu den dringlichen Anträgen.

Ende der Tagesordnung um 15.55 Uhr